

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

13 (11.11.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85, Chefredakteur: Willy Grimm, Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/23 - 02, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 277 Ruf 2542, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Aus dem Inhalt:

Größenwahnsinnig geworden

Der „üble Blumenstrauß“ Adenauers

Mehr Konsequenz, Herr Dr. Schumacher!

Die Sowjetunion hilft

Jahrgang 1 / Nr. 13

Freitag, 11. November 1949

Preis 15 Pf.

„Verführt und allzu kompliziert“

Paris. (dpa) Der Gedanke einer baldigen Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland ist von den drei westlichen Außenministern aufgegeben worden, will das Nachrichtenbüro JNS von zuständiger Seite in Paris erfahren haben. Die Außenminister sollen der Auffassung sein, daß eine derartige Maßnahme verführt und allzu kompliziert wäre.

Frankzösische Kreise deuten ferner an, daß die Frage eines Demontagestopps auf der Pariser Konferenz nicht endgültig geklärt werden könne.

Keine endgültigen Beschlüsse

Paris. Wie dpa berichtet, war vor der fünften und letzten Außenministerversammlung der drei westlichen Großmächte nur noch ein wichtiger Punkt offen. Ein Sprecher der französischen Regierung sagte, es sei die Demontagefrage. Zwischen den Sitzungen holte Außenminister Schuman hierzu ein Gutachten des französischen Kabinetts ein. Ueber den Inhalt der Verhandlungen war nach wie vor amtlich nichts zu erfahren, man will aber wissen, daß nicht nur die Deutschlandfrage, sondern auch das jugoslawische und das chinesische Problem erörtert worden sind.

Das Garantieangebot des Bundeskanzlers Dr. Adenauer soll von den drei Außenministern freundlich aufgenommen worden sein. Man freut sich, denn Adenauer läßt es das deutsche Volk etwas kosten.

Eine Bindung Frankreichs soll noch nicht endgültig erfolgen. Man wird in Frankreich die Debatte der Nationalversammlung abwarten.

Thyssenhütte wird im Eiltempo demontiert

1000 Mann mit dem Abbau beschäftigt

Düsseldorf. Das Abbautempo bei der August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn ist seit Juli um das Vierfache beschleunigt worden. In wenigen Wochen wird das Kernstück des Werkes vernichtet sein. Die Hütte hatte eine jährliche Kapazität von zwei Millionen Tonnen Stahl. Während im Juli 3300 t Anlagen abgebaut wurden, hat sich der Abbau im Oktober auf 14 000 t erhöht. Bis jetzt wurden Anlagen im Werte von 85 Millionen DM abgebaut. Bei dem jetzigen Tempo ergibt sich ein täglicher Verlust von einer halben Million DM. Gegenwärtig sind etwa 1000 Mann mit der Demontage der Hütte beschäftigt. Der Anteil der Verschrottung hat sich gegenüber der tatsächlichen Demontage ständig erhöht und beträgt zur Zeit 50 Prozent. Zur Zeit lagern noch 25 000 t Schrott vor der Hütte. Das für die Elektrowirtschaft besonders wichtige Feinblechwerk ist bereits zu 75 Prozent demontiert. In den Siemens-Martin-Stahlwerken im Werk I sind von den sechs Öfen fünf verschrottet und einer demontiert.

Vorsicht, Herr Dr. Adenauer!

Bonn. (SID) Wie wir erfahren, beabsichtigt Jakob Kaiser, in seinem Ministerium „für gesamtdeutsche Fragen“ den ehemali-

„Sie machen das Parlament zum Theater“

Dr. Adenauer verweigert dem Parlament, seine Politik offen zu legen — Die Verschacherung Westdeutschlands soll weiter im Dunkeln vor sich gehen

Die kommunistische und sozialdemokratische Fraktion im Bundestag haben gemeinsam die Durchführung einer außenpolitischen Debatte gefordert. Die Mehrheit, CDU, CSU, FDP und Deutsche Partei haben sich mit allen Mitteln dagegen gestemmt, daß die Regierung Adenauer dem Bundestag und damit dem deutschen Volk Rechenschaft ablegt, was sie gegenwärtig im Hinblick auf die Pariser Konferenz tut. Die Regierungsparteien möchten ihre Weigerung, die Karten auf den Tisch zu legen, damit begründen, daß dies in „deutschem Interesse“ liege.

Die gestrige Sitzung des Bundestags begann, nachdem sie zweimal verschoben wurde, mit zweistündiger Verspätung. Dr. Adenauer gab auf das Verlangen der SPD und KPD, eine Erklärung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Pariser Konferenz zu geben, die Antwort, daß er dies im gegenwärtigen Augenblick nicht tun könne, aber ab Montag dazu bereit sei.

Für die SPD sprach Erich Ollenhauer, der das Verlangen nach einer Regierungserklärung mit der völligen Unklarheit über die Haltung der Regierung und mit der Tatsache, daß Dr. Adenauer in verschiedenen Presseäußerungen bereits Stellung genommen habe, begründete. Dr. von Brentano hatte die Stirn, die Weigerung Dr. Adenauers, Aufschluß zu

geben, zu verteidigen und es als „nationale Pflicht“ bezeichnet, der Regierung blindes Vertrauen entgegenzubringen. Die Quintessenz seiner Ausführungen bestand darin, der Regierung so lange Zeit zu lassen, bis die Pariser Konferenz vorüber ist, und praktisch damit entscheidende Zukunftsfragen des deutschen Volkes weitgehend entschieden sind, ohne daß das Parlament überhaupt eine Ahnung hat, was gespielt wird. Ueberraschung für die Regierungsmehrheit brachte in diesem Stadium der Verhandlungen die Einschaltung der Kommunisten. In einem Antrag der kurz zuvor eingebracht worden war, forderten sie den Bundeskanzler auf, zu seinem Interview im „Baltimore Sun“ vor dem Bundestag Stellung zu nehmen. Dr. Adenauer machte es sich leicht. In Zukunft bitte er darum, rechtzeitig informiert zu werden, wenn man eine Stellungnahme von ihm wünsche.

Das Presseinterview im „Baltimore Sun“ hat im wesentlichen zum Inhalt, daß Dr. Adenauer sein Einverständnis zur Verschacherung der deutschen Industrie — 40 bis 50 Prozent! — an Frankreich gegeben hat. Klar daß er darüber keine Auskunft zu geben bereit ist und sich hinter formalen Vorwänden versteckt, um dieser Angelegenheit aus dem Wege zu gehen.

Als der kommunistische Abgeordnete Renner die Rednertribüne betrat, verließen sämtliche Kabinettsmitglieder die Regierungsbank.

Gegen die Stimmen der SPD und KPD wurde beschlossen, daß die nächste Sitzung des Bundestags erst am 17. November stattfindet. Der Beschluß war heiß umstritten. Die SPD und KPD vertraten den Standpunkt, daß nach dem Grundgesetz der Bundestag zusammenzutreten muß, wenn ein Drittel seiner Mitglieder es fordert.

Bundestagspräsident Dr. Köhler bewies bei dieser Gelegenheit, seine sprichwörtlich gewordene Unfähigkeit, ein Parlament zu leiten. Nach der Abstimmung über den CDU-

Antrag, die nächste Sitzung erst am 17. November abzuhalten, beantragte Professor Carlo Schmid (SPD) unter großem Tumult, der Bundestagspräsident solle feststellen, daß der SPD-Antrag auf Einberufung des Plenums am Donnerstagabend von einem Drittel der Mitglieder unterstützt werde. Auf die Feststellung des Präsidenten Dr. Köhlers, die Sitzung sei bereits geschlossen, klang ihm der Ruf von der Linken „Sie machen das Parlament zum Theater!“ entgegen. Unter Protest verließen Sozialdemokraten und Kommunisten den Sitzungssaal.

Dr. Adenauer ist drauf und dran, die letzten Reste unserer Wirtschaft und politische Belange zu verschachern. Er macht dies unter dem schützenden Schleier einer Dunkelkammerpolitik. Die Regierungsmehrheit deckt ihn dabei. Soweit das armselige Bonner Grundgesetz der Opposition die Möglichkeit einräumt, offenes Spiel von der Regierung zu erzwingen, setzt man sich unter Vergewaltigung des Grundgesetzes darüber hinweg. Der Bundestag und das deutsche Volk — das ist offenbar die Auffassung Dr. Adenauers und seiner Verbündeten — brauchen erst dann zu wissen, was los ist, wenn neue Fesseln bereits ihnen um die Handgelenke gelegt sind.

Paris. (dpa) Nach der Nachtsitzung der drei West-Außenminister im Qual d'Orsay wurde am Freitagfrüh in Paris folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Pariser Kommuniqué

„Die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der USA traten am Donnerstagvormittag, am Donnerstagnachmittag und am Donnerstagabend wieder zusammen, um ihre Beratungen abzuschließen. An der Nachmittagsitzung nahmen auch die Außenminister Belgiens, Hollands und Luxemburg teil, um über Fragen mitzuberateten, die die Interessen der Beneluxstaaten besonders berühren.“

Tschungking nur Zwischenstation auf dem Fluchtweg

Großoffensive der Volksarmee — Armeekorps laufen über

Tschungking. (Eig. Ber.) In drei großen Angriffskolonnen, die das noch von der Kuomintang beherrschte Gebiet Chinas in drei Teile gliedern, stoßen die Verbände der demokratischen Volksarmee in die Provinzen Szetschuan, Tweihschau und Kwang in Richtung auf die gegenwärtige Kuomintang-„Hauptstadt“ Tschungking vor.

Nach der Einnahme von Enschih (Schinan), einer wichtigen Bezirkshauptstadt, 280 Kilometer östlich Tschungking, sowie der Städte Yun Sui, Sui Schan und Kien Kiang befindet sich die im Norden operierende Armeegruppe in einem Zangenriff auf Tschungking.

Die auf Kweijsang, die Hauptstadt der Provinz Kweihschau, vorstoßende Armeegruppe hat die Ostgrenze der Provinz Kweihschau und die Stadt Tienhsu befreit.

Im Süden aus dem Raum von Kanton längs des Hsi-Flusses angreifende Verbände der demokratischen Volksarmee haben den Flußhafen Wutschau in der Provinz Kwangsi erreicht.

Die Luftfahrtgesellschaften in Tschungking melden laut AP, daß für den Rest des November alle Flugkarten nach Kuning, der Hauptstadt der Provinz Yunnan, ausverkauft seien. Kuning, das rund 650 km südöstlich Tschungking liegt, wird vielleicht der nächste Sitz der Nationalregierung sein.

Der größte Teil der Truppen des muslimischen Generals Mafupang ist zu den demokratischen Streitkräften übergelaufen.

Die ehemalige erste Kuomintang-Armeegruppe unter dem Kommando von General Tschan Ming Jen, die im August bei den Kämpfen im Raum von Tschangsha gegen die Kuomintang revoltiert hat, ist auf die Bitte ihres Kommandeurs der Demokratischen Volksarmee Chinas als 21. Armeegruppe angegliedert worden.

Nicht erhöhen — dann abziehen

Ein KPD-Antrag

Stuttgart. Auf Antrag der KPD-Fraktion beschloß der Landtag gestern, die Landesregierung solle sich bei den amerikanischen Dienststellen dafür einsetzen, daß die durch das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz

erhöhten Rentenbezüge nicht mehr von den Fürsorgeeinrichtungen abgezogen werden müssen. Die KPD hatte ursprünglich beantragt, das Innenministerium solle durch eine Verordnung bestimmen, daß die Rentenerhöhungen von den gleichzeitig bezogenen Fürsorgeunterstützungen nicht mehr abgezogen werden dürften. Dieser Antrag wurde neu formuliert, da Innenminister Ulrich darauf hinwies, daß einer solchen Verordnung das amerikanische Verbot, das sogenannte „Sonderfürsorgeprogramm“ entgegenstehe. Lwb.

Die „Beschwichtigungsgeste“

Mannheim. Den Machern der „Radikalen Sozialen Freiheitspartei“ in Mannheim ist ihre Demaskierung als neofaschistische Gruppe recht unangenehm. Rechtsanwalt Dr. Panther, der Leiter jener gesprengten Versammlung in Mannheim möchte nun einiges nicht mehr wahr haben. Aus dem „Heil-Hitlergruß“, seinem Armerheben, mit dem er sich erkühnte, den Versammelten bei der Eröffnung entgegenzutreten, soll jetzt auf einmal eine „Beschwichtigungsgeste“ gewesen sein, wie er einem dpa-Vertreter erklärte. Den Ausspruch „An die Gewehr!“ kann er natürlich nicht einfach ableugnen. Er will ihn aber nur gemacht haben zu dem Zwecke, sich selbst Mut zu zureden. Seitdem, daß er das Zwiesgespräch mit sich selber so laut führte, daß es der Letzte im Saal verstehen konnte.

Die Erklärungen Dr. Panthers wirken lächerlich und wahrhaftig nicht mutig. Aber das ist man von dieser Seite gewöhnt.

Hinter Polizeisperren und Fenstervorhängen

Im Manstein-Prozess wartete man auf Churchill und Montgomery

Hamburg. (Eigenbericht) Der Manstein-Prozess im Curiohaus tagt hinter Polizeisperren und dicht verhängten Saalfenstern. Nach einer Information aus dem Büro der Verteidigung wird die nächste öffentliche Verhandlung voraussichtlich erst am Donnerstag stattfinden. Wie die Hamburger Polizei amtlich mitteilte, war vorgesehen, gestern Churchill, der bekanntlich einen namhaften Betrag für Mansteins Verteidigung spendete, und Lord Montgomery als Zeugen zu hören. Sie trafen jedoch nicht ein, und es heißt, man habe jetzt von ihrer Vernehmung Abstand genommen.

Die Ausweiskontrolle ist außerordentlich streng, auch deutschen Polizisten ist es nicht gestattet, den Innenhof des Curiohauses zu betreten. Einer deutschen Telefonistin, die ihren Dienst antreten wollte, wurde der Einlaß verweigert. Sogar dem polnischen Pressebeobachter wurde der Zutritt nicht gestattet. Eine ausgedehnte Suchaktion der Polizei löste die Nachricht aus, daß der Pressevertreter eines ausländischen Nachrichtenbüros versucht habe, durch den Keller eines Nebengebäudes in das Curiohaus einzudringen.

Einem von Motorradfahrer eskortierten Wagen entgingen zwei Zivilisten, die bisher an den Verhandlungen nicht teilnahmen, und bildeten den Anlaß zu den verschiedensten Gerüchten. Die Bedeutung der Verhandlung wurde unterstrichen durch die Anwesenheit des britischen Verteidigers Mr. Paget, der bisher nur an besonders wichtigen Sitzungen teilnahm.

Das Gericht, daß der zum Tode verurteilte ehemalige SS-Obergruppenführer Ohlen-dorf, dessen Aussagen die Anklage als schwere Belastung Mansteins wertet, vernommen werden soll, wurde vom Büro der Verteidigung demontiert. Ueber die Gründe des Ausschlusses der Öffentlichkeit befragt, wurde erwidert, das sei aus Sicherheitsgründen geschehen, die nicht näher erläutert werden könnten. Man fügte hinzu: „Was hier geschieht, geht nicht über diese vier Wände hinaus!“

Man darf gespannt sein, ob das Gericht in der nächsten öffentlichen Sitzung eine Mitteilung über diese Verhandlungen bekanntgibt und ob in den Plädoyers der Anklage und der Verteidigung auf die nichtöffentlich erfolgten Aussagen Bezug genommen wird.

Im Streiflicht gesehen

Diesmal früh dran

Präsident Eisenhower wird bei den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1952 für die Republikaner kandidieren, wie der Vorsitzende der republikanischen Fraktion des US-Representantenhauses Josef Martin in einem Presseinterview mitteilte.

Hyänen töten 97 Kinder

Luknov. In den Dörfern nahe Luknov haben Hyänen in den letzten fünf Monaten 97 Kinder aufgefressen. In verschiedenen Fällen sollen die Hyänen so dreist gewesen sein, die Kinder aus den Armen ihrer Mütter zu entreißen. Die Bestien bewegen sich geschwind und lautlos, so daß ihr Nahen kaum bemerkt wird. Von den Leichen bleibt meist wenig übrig, da die Hyänen mit ihrem scharfen Gebiß auch die Knochen zermalmen und auffressen. Die Uneted Provinces werden durch zwei andere menschenfressende Bestien terrorisiert. Eine ist ein Tigerin, die bereits 400 Menschen getötet, während ein Panther 200 Menschen aufgefressen hat.

Demokraten siegen in New York

Bei der Bürgermeisterwahl in der Senatswahl in New York erfocht die Demokratische Partei einen eindeutigen Sieg. In der Senatswahl unterlag der Republikaner Forster Dulles gegenüber dem Demokraten Herbert Lehmann. Der Demokrat O'Dwyer wurde wieder zum Oberbürgermeister gewählt.

Klubessel für Kriegsverbrecher

Für die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgeurteilten prominenten Nazis wurde in dem Teil des Nürnberger Gefängnisses, der dem amerikanischen Militärgericht untersteht, ein „exklusiver Tagesraum mit Klubesseln“ eingerichtet. Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung mußten, wie weiter bekannt wird, 300 reservierte Zellen im Nürnberger Gerichtsgefängnis modernisiert werden.

Winter in Frankreich — Hitzewelle über Ägypten

Paris. Ein plötzlicher Kälteeinbruch löste an der französischen Riviera orkanartige Stürme aus, die besonders im Gebiet von Toulon schwere Verheerungen angerichtet haben sollen. Ueber den Alpen und dem Jura gingen starke Schneefälle nieder. Der Schnee liegt teilweise bis zu einem halben Meter hoch. Eine für die Jahreszeit außergewöhnliche Hitzewelle mit Temperaturen bis zu 34 Grad wird aus Ägypten gemeldet. In Oberägypten sollen Stürme in der Gegend Assuan große Verwüstungen angerichtet haben.

Ein-Mann-Fraktion Loritz im bayrischen Landtag

München. Der Vorsitzende der WAV, der Bundestagsabgeordnete Alfred Loritz ist jetzt im bayerischen Landtag der einzige Vertreter seiner Partei. Seine beiden letzten Fraktionskollegen Richard Leupoldt und Friedrich Lugmair sind aus der WAV ausgetreten. (Nach dpa)

Perons Terror

Buenos Aires. 579 Kommunisten, die am vergangenen Sonnabend aus Anlaß des 32. Jahrestages der Oktoberrevolution in Buenos Aires an einer Feier teilgenommen hatten, wurden zu Gefängnisstrafen von 4 bis zu 30 Tagen verurteilt.

Die beginnende Wiederaufrüstung Japans

Tokio. Die Herstellung von Radargeräten in Japan ist jetzt von den zuständigen amerikanischen Stellen genehmigt worden. (VWD)

Zeitungsverbot wieder aufgehoben

Düsseldorf. Auf die schriftliche Versicherung des Herausgebers der verbotenen „Westdeutschen Rundschau“, daß die Zeitung in Zukunft keine Namen von Personen oder Angriffe gegen Personen veröffentlichen wird, die für die Alliierten arbeiten, nahm der britische stellvertretende Landeskommisсар das Verbot zurück.

daß die USA diese vermeintlichen Trümpfe nicht eines Tages aus der Hand legen, um eine Verständigung mit der Sowjetunion vorzuziehen. Es sind die typischen Sorgen derer, die eben nur Objekt der amerikanischen Außenpolitik sind, die dabei nichts zu schnablen haben, mal mehr oder weniger sanft oder grob dorthin geschoben werden, wo sie als Figuren im Schachbrett der amerikanischen Politik gebraucht werden. Sie sind sich dabei beängstigend klar, daß es im Schachspiel der Welt nicht bloß einen Partner gibt, sondern zwei, und die Züge des zweiten Partners, der Sowjetunion, liegen sonnenklar vor aller Augen. Die Schachgebote sind nicht zu übersehen, auch nicht, wie viele Figuren in den letzten Jahren der amerikanischen Spieler aus dem Brett geschlagen bekam, und sollen sie nicht in Angst leben, eines Tages selbst das Opfer einer verlorenen Partie zu werden? Sie haben diese Angst, Adenauer scheint unheimlich zu sein. Ein verlorenes Spiel zu treiben ist in Deutschland nach Adolf Hitler nichts Ungewohntes mehr.

Größenwahnsinnig geworden

Die amerikanischen Imperialisten haben es sich in den Kopf gesetzt, Japan so schnell als möglich einen separaten Friedensvertrag zu diktieren. Darum soll dem japanischen Volk zugemutet werden, sich mit einer Fortdauer der amerikanischen Besatzung für unbeschränkte Zeit abzufinden.

Größtartig — wie die Imperialisten einmal sind — soll es dem „kommunistischen China und der Sowjetunion“ gestattet werden, bei der Ausarbeitung dieses „Friedensvertrages“ zuzuschauen, aber laut „New York Herald Tribune“ vom 5. November nur „unter der Bedingung, daß sie den britischen und amerikanischen Plänen zustimmen.“

Wie wenig doch die amerikanischen Imperialisten aus der Geschichte gelernt haben, wenn sie glauben, die Sowjetunion behandeln zu können, wie einen mittelamerikanischen Vasallen oder eine der von Marshallplan-Dollars abhängigen Regierungen Europas. Es ist dies übrigens auch eine großartige Illustration für die „Verhandlungsmethoden“ der amerikanischen Diplomatie, die sehr wohl weiß, daß Potsdam einen gemeinsamen Friedensvertrag mit Japan vorsah, und daß die Sowjetunion und China als Mächte des Fernen Ostens nicht einfach zuzuschauen können, wenn Japan neuerdings zur Aggressionsbasis gegen sie ausgebaut wird. Allerdings irren sich Mac Arthur und seine Freunde, wenn sie glauben, der Sowjetunion und dem neuen China „Ultimata“ stellen zu können. Wer im Fernen Osten mit Dollars und Ultimata Politik zu machen gedenkt, der macht die Rechnung ohne den Wirt, ohne die Völker Asiens nämlich. So viel sollte doch das Schicksal Tschiang Kai-Scheks gelehrt haben.

Ein vergeblicher Pressechef

Bonn. Nach dem Sinn der Reisen und der Verhandlungen der Beauftragten der amerikanischen Banken in Westdeutschland befragt, erklärte Dr. Böx vor der Bundespressekonferenz, dies alles hänge mit der Regelung der alten deutschen Auslandsschulden und der ersahnten Beendigung des Kriegszustandes zusammen. Neue Investitionen in der deutschen Industrie seien ohne eine Regelung der alten Schulden nicht denkbar. „Einzelheiten habe ich vergessen“, sagte er abschließend, um damit einer weiteren Fragestellung auszuweichen. Vorher war Dr. Böx gefragt worden, welche Schritte das Kabinett im Zusammenhang mit dem Verbot der „Westdeutschen Rundschau“ erwogen habe. (Das Blatt wurde für vier Wochen von General Bishop, dem britischen Landeskommissar verboten). „Das Kabinett hat diese Frage nicht behandelt“, war die Antwort.

Sowjetunion hilft

Lieferung von 35 000 Tonnen Getreide

Berlin. (Eig. Ber.) Aufsehen erregte gestern die Mitteilung des Ministerpräsidenten Grotewohl, daß die Sowjetunion sich bereit erklärt habe, der Deutschen Demokratischen Republik 385 000 Tonnen Getreide, Walzwerkzeugnisse und Baumwolle zu liefern. Dieser Hilfe wird im Rahmen der Vorbereitung des Wirtschaftsplanes für 1950 entscheidende Bedeutung beigemessen.

Wie wir ergänzend erfahren, werden die Getreidelieferungen für das 2. Quartal 1950 erwartet. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Versorgung aus dem eigenen Getreideaufkommen reibungslos bestritten werden. Gleichzeitig werden durch Lieferungen zu diesem Zeitpunkt die notwendigen Lagerungskosten auf ein Minimum beschränkt.

Die „Vorzüge“ der Ruhrbehörde

Diplomatische Sonderrechte und Immunität für die Angehörigen

Bonn. (Eigenbericht) Die diplomatische Immunität und eine Reihe Sonderrechte, die Artikel 28 des Ruhrstatuts für die Angehörigen der Ruhrbehörde vorsieht, werden in Gesetz Nr. 9 der Hohen Kommissare genauer umschrieben. Danach kann die Ruhrbehörde ohne jedwede deutsche Finanzkontrolle Kapitalbeträge, Gold oder Zahlungsmittel jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten. Sie unterliegt weiter keinerlei Kontrollen oder Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr und dem Umwechseln von Gold und Zahlungsmitteln jeder Art. Sechs weitere Artikel regeln die Vorrechte und Immunitäten für die Regierungsvertreter bei der Ruhrbehörde, ihre Stellvertreter und ihre ausländischen deutschen Beamten. Die Immunität der offiziellen Regierungsvertreter ist die gleiche wie die sonstiger diplomatischer Vertreter, nicht nur für ihre Person, sondern auch für ihre Ehegatten und minderjährigen Kinder. Diese Immunität bleibt auch bestehen, wenn sich die genannten Personen nicht mehr im Amt befinden. Darüber hinaus sind ihre Gehälter und Dienstbezüge steuerfrei. Sie und die mit ihnen zusammenlebenden Familienangehörigen sind von jeder deutschen Einwanderungs-, Wohnorts- und Wohnungsbeschränkung und von jeder Anmeldepflicht befreit. In bezug auf Geldum-

Bonn. (SID) Eines der neuesten Steckenpferde von Dr. Schumacher ist, von Dr. Adenauer zu fordern zu kontrollieren, was mit den Waren geschieht, die auf Grund des vor einigen Wochen abgeschlossenen Interzonenabkommens aus den Westzonen in die „Sowjet-Zone“ geliefert würden. Was würde Dr. Schumacher sagen, wenn man seine Forderung umkehrte und verlangte, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in den Westzonen kontrolliere, was mit den aus Ostdeutschland gelieferten Waren geschehe? Dr. Schumacher hat seine Forderung dieser Tage erneut vor dem Ostzonen-Ausschuß beim Vorstand der SPD erhoben. Genau bekannt ist sie und aus der Bundespressekonferenz in Bonn, wo er sie in ammannder Form vortrug. Wilhelm Gerst, früherer Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, hat Dr. Schumacher im „W.K.G.-Dienst aus Bonn“ in einem längeren Aufsatz geantwortet. Seine Argumente verdienen in weitesten Kreisen bekannt zu werden.

Zu Schumachers Behauptung, die Ostzone liefere große Mengen von Lebensmitteln nach den westlichen Zonen auf Kosten ihrer eigenen Bevölkerung, die weiter hungere,

schreibt Gerst: „Man läßt sie gar nicht weiter hungern, Herr Dr. Schumacher. Die neue Regierung hat neuerliche Verbesserungen in der Versorgung durchführen können und in acht Monaten wird (außer für Fleisch und Fett) die Rationierung ganz aufgehoben.“ Die Deutsche Demokratische Republik liefert tatsächlich Lebensmittel nach Deutschland, aber, schreibt Gerst: „Sie tut es nicht gern. Sie tut es nicht, um die „armen Teufel“ hungern zu lassen, wie Dr. Schumacher mit dem ihm eigenen Geschmack sagt. Sie tut es, weil ihr diese Lieferungen bei den Verhandlungen in Frankfurt erpreßt wurden.“ Gerst bleibt ihm den Beweis nicht schuldig. Er schreibt, daß zu Beginn der Frankfurter Verhandlungen die Vertragspartner ihre Wunschlitten vorlegten. Dr. Kaumann, der Beauftragte Prof. Erhard, verkündete als seine Maxime, durch den Interzonenhandelsvertrag dürfe nicht der Zweijahresplan der Ostzone begünstigt werden. Dementsprechend betrieb er die Verhandlungen. Er verlangte, und hier folgen wir wieder Gerst, „250 000 Tonnen Getreide, hauptsächlich Weizen, den die Ostzone nur in der Magdeburger Börde erntet und 100 000 Tonnen Zucker, außer-

dem eine Riesennenge Kartoffeln“. In schwierigen Verhandlungen, heißt es im W.K.G.-Dienst, gelang es den Vertretern der deutschen Wirtschaftskommission, diese Mengen herabzudrücken auf 90 000 Tonnen Getreide, davon 40 000 Tonnen Weizen, 40 000 Tonnen Roggen und 10 000 Tonnen Futtergetreide. Die Vertreter der DWK mußten diese Forderungen akzeptieren „um als Gegenleistung Stahl und Eisen zu bekommen, die von der Ostzone dringend benötigt werden, die man ihr aber möglichst vorenthalten wollte.“

Wenn es Dr. Schumacher mit seiner Sorge um die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik wirklich ernst ist, warum erhebt er dann nicht, so fragen wir, an Stelle seiner eingangs zitierten unsinnigen Forderung die verständlichere, daß das Kabinett Adenauer auf die Forderung von Lebensmittel-Lieferungen aus dem Osten Deutschlands verzichtet? Adenauer und Erhard sollen darüber hinaus nicht zu Verhandlungen Beamte wie Dr. Kaumann entsenden, die nichts anderes im Auge haben, als die Wirtschaft und damit die Lebensbedingungen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen.

Mehr Konsequenz, Herr Dr. Schumacher!

Eine Antwort Wilhelm Gersts an den SPD-Führer

Endlich, wenn auch zaghaft eingestanden

Bonner Schmierenskomödie Schwindler

Karlsruhe. (dpa) Einer der Männer, die am 22. September als Rußlandheimkehrer an einer Bundestagsitzung in Bonn teilnahmen, ist nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wahrscheinlich ein Schwindler. Bei einer Personalkontrolle am Hauptbahnhof Karlsruhe wurde der 42-jährige Thilo Wagner festgenommen. Er bezeichnete sich als Rußlandheimkehrer und gab an, bei der Eröffnung des Bundestages in Bonn gesprochen zu haben und von Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundestagspräsident Dr. Köhler empfangen worden zu sein. Als Beweis zeigte er ein Bild, auf dem er zusammen mit Dr. Köhler zu sehen war. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, daß Wagner wahrscheinlich nie in sowjetischer Gefangenschaft war. Er ist wiederholt verhaftet und wurde jetzt wegen Diebstahls gestraft.

Es war ihm gelungen, als „Rußlandheimkehrer“ durch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz einen sechswöchigen Kururlaub in Bad Neuenahr zu erhalten. Dort hielt er sich jedoch nur fünf Tage auf. Auf seiner Wanderung traf er am 20. September in Bonn ein und mischte sich unter einen Heimkehrertransport. Mit einem der heimkehrenden Kriegsgefangenen zusammen wurde er eingeladen, der Bundestagsitzung beizuwohnen. Auf dieser Sitzung löste Wagner während der Rede des KPD-Vorsitzenden Reimann durch sein Auftreten einen längeren Tumult aus. Wagner war dann nach seinen Angaben mit dem echten Heimkehrer zusammen noch drei Tage in Bonn bewirtet worden.

Es hat fast Monate gedauert, bis man endlich von offizieller Seite die Wahrheit über die angeblichen Kriegsgefangenen hörte, die

schon Herr Adenauer und Dr. Köhler für ihre Schmierenskomödie im Bonner Bundestagsparlament ausgesucht hatten. Es sollte viel Wasser den Rhein hinabfließen, und die Angelegenheit der Vergessenheit anheim gefallen sein, bis man etwas darüber erfuhr und die unerhörte Blamage nicht mehr auf den Boden frischer Eindrücke in der Öffentlichkeit fallen sollte.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß das „Volks-Echo“ die erste Zeitung gewesen ist, die die Nachrichten über die Schwindler von Bonn vor vielen Wochen gebracht hat. Die übrige Presse ging an diesen verbürgten Nachrichten, die wir veröffentlichten, vorüber. Die Öffentlichkeit kann sich selbst einen Vers machen, wie oft es ähnlich zugeht. Tartarennachrichten werden gebracht, ausgeschmückt, und entweder erfolgt überhaupt keine Richtigstellung oder nach langer Zeit kommt so eine kleine versteckte Notiz, mit der man das eigene Gewissen beruhigt und das „Gesicht der Objektivität“ zu wahren versucht. Während Lügenmeldungen in durchaus positiver Darstellungsform gebracht werden, ist die dpa-Meldung über die Bonner Schwindler, obwohl der Inhalt der Nachricht recht eindeutig ist, mit der immer noch fraglichen Überschrift versehen: „Bonner Heimkehrer wahrscheinlich Schwindler. Wahrscheinlich“ fällt es schwer, den Schwindler, den man so meisterlich gegen die KPD ausgeschlachtet hat, unumwunden einzugestehen.

geht. Tartarennachrichten werden gebracht, ausgeschmückt, und entweder erfolgt überhaupt keine Richtigstellung oder nach langer Zeit kommt so eine kleine versteckte Notiz, mit der man das eigene Gewissen beruhigt und das „Gesicht der Objektivität“ zu wahren versucht. Während Lügenmeldungen in durchaus positiver Darstellungsform gebracht werden, ist die dpa-Meldung über die Bonner Schwindler, obwohl der Inhalt der Nachricht recht eindeutig ist, mit der immer noch fraglichen Überschrift versehen: „Bonner Heimkehrer wahrscheinlich Schwindler. Wahrscheinlich“ fällt es schwer, den Schwindler, den man so meisterlich gegen die KPD ausgeschlachtet hat, unumwunden einzugestehen.

Hamburgs große Friedenskundgebung

15 000 Hamburger demonstrieren für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion

Hamburg. Eigener Bericht. Am Abend des 7. November, des 32. Jahrestages der Oktober-Revolution, fand in Hamburg ein gewaltiger Fackelzug für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion statt. Es war der erste Fackelzug in Hamburg seit der Kapitulation. In der Mitte des wogenden Meeres von Fackeln wurden Lenin- und Stalin-Bilder die Symbole der Sozialistischen Sowjetunion, und zahlreiche Transparente getragen. Betriebe des Hafens und der Industrie erschienen unter eigenen Losungen. Die Spitze bildeten in großer Zahl Heimkehrer aus der Sowjetunion. Sprechere: „Wir Heimkehrer grüßen die Sowjetunion“ — „Nieder mit dem Atlantikpakt“. Es lebe die Sowjetunion und es lebe die Deutsche Demokratische Republik! — wechselten mit Kampfliedern. Tausende von Menschen bildeten Spalier, reihten sich vielfach noch ein, mitgerissen von der Begeisterung. In den Arbeitervierteln St. Paulis und Eimsbüttels nahm der Zug die ganze Straßenseite ein, von der einen bis zur anderen Häuserfront. Immer wieder erklangen die Losungen: „Es lebe Stalin!“

Der Renegat Wehner hatte zwar noch am Abend zur Störung aufgerufen und von der Polizei das Verbot der Kundgebung gefordert, doch weder seine Agenten, noch der „Kampfklub gegen Unmenschlichkeit“, der ebenfalls am Vortage prahlte, er werde das Friedensbekenntnis zur Sowjetunion zu verhindern wissen, wagten angesichts der machtvollen Demonstration nicht, ihre geplanten Provokationen in die Tat umzusetzen. Das fortschrittliche Hamburg bereitet mit diesem flammenden Bekenntnis zur Friedenspolitik der Sowjetunion den heftigsten Provokationen eine vernichtende Niederlage.

Am Ende des kilometerlangen Zuges demonstrierte die Jugend, die mit Enthusiasmus ohnehin ihre Lieder in die Nacht hinausang

Die Demonstration endete mit einer großen, machtvollen Kundgebung auf dem Roten Platz in Eimsbüttel. Mit Grüßen an die Sowjetunion, an die Volksdemokratien und an das heldenhafte chinesische Volk schloß Hugo Gill, der 2. Vorsitzende der KPD Hamburg, immer wieder von brausenenden Hochrufen unterbrochen, die Kundgebung.

Herr Dr. Lukaschek, wie kamen Sie in den Westen?

Wie das Flüchten so vieler aussah!

Bonn. (SID) Im Reiche des Herrn Adenauer gehört es seit langem zum guten Ton, ein „schmählich aus der Ostzone Vertreiber“ zu sein. Das ist, so scheint es, der erste Schritt, um hier zu „Arbeits“, nein, zu noch mehr, zu Amt und Würden zu kommen. Im „W.K.G.-Dienst aus Bonn“ zerpfückt der frühere Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Wilhelm Gerst, an drei konkreten Fällen die ganze Verlogenheit, die mit der „Flucht als einzigem Ausweg“ betriebene Propaganda, die sich als bewußte Hetze und Stimmungsmache gegen die Ostzone entpuppt.

Aus Offenbach berichtet Gerst von einer Stenotypistin Sonja Marlies B., die einem Fabrikanten vom Arbeitsamt zugewiesen wurde. Sonja erzählte eine grauenvolle Geschichte über ihre Flucht aus der Ostzone: ihre Mutter „von den Russen ermordet“, sie selbst, weil sie sich nicht in die SED zwingen lassen wollte, ins Uranbergwerk dienstverpflichtet. „Ich habe mir die Mühe gemacht, diesem Fall nachzugehen“, schreibt Gerst, „alles erschwindelt und erlogen“. Das Mädchen, das oft seine Stelle wechselte, weil niemand mit ihr zufrieden war, hatte eines Tages erklärt, sie wolle nach dem Westen, um dort zu heiraten. „Sie lernen schnell, wie man es machen muß, die kleinen Mädchen, die faulen Buben und die Herren Minister“, heißt es in dem Bericht weiter.

Adenauers Minister für Flüchtlingsfragen, Dr. Hans Lukaschek, läßt es seit langem zu, daß von ihm öffentlich behauptet wird, er sei 1947 bettelarm mit seiner Familie nach Hessen „geflichtet“, so zuletzt noch in „Die Zeit“ vom 27. Oktober 1949. Was schreibt Gerst dazu?

„Ich habe den Minister schon vor einigen Wochen darauf aufmerksam gemacht, daß es für ihn, den Vizepräsidenten des Deutschen Katholikentages in Bochum, ... und Bundesminister einfach eine Unmöglichkeit ist, dauernd von sich schreiben zu lassen, er sei ein geflüchteter ostzonaler Jurist. Durch diese falsche Darstellung geriet er an die Spitze der Flüchtlingsorganisation. Und die Wahrheit über Dr. Lukaschek? Kurz nach dem Zusammenbruch wurde er Landwirtschaftsminister in Thüringen. General Kolesnitschenko war mit einigen seiner Maßnahmen zur Bodenreform nicht einverstanden und

Wertvolle Eingeständnisse

Bonn. Nach der Rechtsgrundlage für eine Rückführung von Deutschen in die Ostzone befragt, antwortete der Pressechef des Bonner Flüchtlingsministeriums von Wilbert: „Sie wissen, daß wir in der Bundesrepublik nicht souverän sind. Die Hohen Kommissare haben eine Verordnung über die Rückführung unerwünschter Deutscher in die Ostzone erlassen. Für sein Ministerium erklärte von Wilbert weiter, wir können nicht uferlos und ohne jede Kontrolle Menschen aus der Ostzone hereinlassen. Und Dr. Böx, der Bundespressechef, betonte noch, daß unter denen, die da zwischen den Zonen hin und her wandern, „Elemente seien, die niemals einen festen Wohnsitz hatten und haben werden.“

Der „üble Blumenstrauch“ Adenauers

Bonn. (SID) Die Teilnahme Deutschlands am Ruhrstatut biete für Deutschland eine Reihe von Vorteilen, erklärte Bundespressechef Dr. Böx vor der Bundespressekonferenz. Die Tatsache der Ruhrbehörde könne niemand aus der Welt schaffen. Die deutschen Stimmen würden zur Zeit von den Alliierten ausgeblendet, während nach einem Beitritt zum Ruhrstatut das Bundeskabinett die Träger der Stimmen ernenne. In der Demontagefrage, sagte Dr. Böx weiter, sei der Standpunkt des Kabinetts schriftlich fixiert und liege jetzt der anderen Seite vor. Von der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Paris erhoffe er sich Fortschritte in der Demontagefrage. Der Beitritt zum Ruhrstatut, meinte er, sei nicht unabhängig vom Ausgang der Pariser Außenministerkonferenz.

Dr. Böx ist das Sprachrohr seines Kabinetts- und Parteichefs Dr. Adenauer vor der Pressekonferenz. Bei Bekanntwerden der „Londoner Empfehlungen“, die die Grundlagen zum Ruhrstatut enthalten, erklärte derselbe Dr. Adenauer, „Diese Londoner Empfehlungen sind ein noch üblicher Blumenstrauch als das Versailler Diktat“. Nun ist Dr. Adenauer bereit, diesen „üblen Blumenstrauch“ mit Dank entgegenzunehmen.

Was plant die CDU mit dem Kohlenbergbau?

Bonn. (SID) Konkrete Pläne über die Neuordnung des Kohlenbergbaus liegen bei der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages noch nicht vor, erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Dr. von Brentano zu einer Anfrage auf der Bundespressekonferenz. Der entsprechende Antrag seiner Fraktion (der allerdings schon am 18. Oktober 1949 eingereicht wurde) bezwecke nur, das Kabinett zu veranlassen, etwas in dieser Richtung zu tun, die es in der Regierungserklärung in Aussicht gestellt habe. Das einzig Konkrete, was Herr von Brentano zu dieser Frage sagte, war, daß seine Fraktion eine wirtschaftliche Machtzusammenballung in der Hand des Staates für noch gefährlicher halte als eine solche in der Hand von Privatkapitalisten. Er sprach die Hoffnung aus, daß das Gesetz 75 auf Grund des Besatzungsstatuts verschwinden werde.

Eine wirkliche Demokratie kann sich nicht entwickeln, wenn die Besatzungsmacht entgegen dem Grundgesetz in die Meinungsfreiheit eingreifen kann, erklärte von Brentano auf die weitere Frage, was seine Fraktion gegen das Verbot der Westdeutschen Rundschau und die Verurteilung des Schriftstellers Illing tun werde.

Was die Landwirtschaft erhält

Nach Errechnung der statistischen Abteilung des Bundesernährungsministeriums erzielte die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1948/49 einen Verkaufserlös von 5 610 Millionen DM. Der Erlös setzt sich zusammen aus 2 600 Millionen DM pflanzliche Erzeugnisse und 3 010 Millionen DM für tierische Erzeugnisse.

Herr Dr. Lukaschek, wie kamen Sie in den Westen?

thüringischer Minister heiratete Dr. Külz eine geborene Reismann, deren Eltern gute Textilfabrikanten in Sachsen und Thüringen besaßen. Letztere blieben im Privatbesitz der Familiengemeinschaft Minister-Fabrikant. Külz befand sich als Minister in keinerlei Gefahr, denn auf Wunsch der Russen, „die ihn sehr protegiert haben“, führte er die Geschäfte seines Ministeriums noch so lange weiter, bis ein Nachfolger gefunden war. Noch eine Reihe von Monaten erhielt er sein volles Ministergehalt weiter. Unbehelligt siedelte er mit seinem gesamten Mobiliar nach Berlin und später nach Frankfurt über.

Abschließend heißt es im W.K.G.-Dienst: „Sämtliche hier gemachten Angaben über die beiden Minister stammen von persönlichen Bekannten beider Herren aus der CDU... die Herren stehen als Zeugen jederzeit zur Verfügung.“

Pressestimmen

„Auslegung des Besatzungsstatuts nach Gutdünken möglich“

Westdeutschland gleicht einem Genesenden in einer Stahllage. ... Der Text des neuen Besatzungsstatuts“, so sagten mir die Deutschen, „lassen unseren Hochkommissaren tatsächlich das Recht, sich in unsere innenpolitischen Angelegenheiten einzumischen, wenn immer sie dies für nützlich halten.“

Ich bin auch ganz dieser Meinung. Die wirkliche Frage ist die, zu wissen, wie der Text des Besatzungsstatutes ausgelegt werden kann. Alle Anzeichen deuten daraufhin, zu glauben, daß dies nach Gutdünken möglich ist.

Pierre Frédéric in einer Artikelserie über Deutschland in „Le Monde“, Paris.

Deutsche Lösung immer noch auf Viermächtebasis möglich

Die grundsätzliche Bedeutung, die der plötzlichen Einberufung von sich hauptsächlich mit Deutschland beschäftigenden Konferenz zukommt, die den sowjetischen Außenminister Wyszinski zu einem Besuche des amerikanischen Außenministers veranlassen und die Mr. Acheson veranlassen, nach Paris zu fahren, um mit den Außenministern Bevin und Schuman zu sprechen, besteht darin, daß trotz der Erziehung von zwei Staaten in Deutschland, von einem unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion und dem anderen unter der der USA,

Großbritanniens und Frankreichs, die Lösung der deutschen Frage noch weit offen steht. ... Als die Russen sich weiterten den deutschen kommunistischen Führern der Demokratischen Republik in Ostdeutschland zu gestatten, die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion in Erwägung zu ziehen, haben sie gezeigt, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung, soweit das Politbüro in Moskau mit ihr zu tun hat, immer noch eine Frage ist, die auf Viermächtebasis gelöst werden kann. Und obwohl die drei Westmächte zu Westdeutsche Bundesrepublik nun soweit hochgepöbelt haben, daß sie sich daran, daß die stehen kann, erinnern sie sich daran, daß die Lösung der Frage eventuell in einem wieder-vereinigten Deutschland gesucht werden kann.

Drew Middleton in der „New York Times“

Die Grenze des amerikanischen Liberalismus

Moskau schwört nur auf die Planwirtschaft und seine Planwirtschaft kennt keine Grenzen. Washington schwört nur auf den Liberalismus, aber der amerikanische Liberalismus hat genau festgelegte Grenzen. Er hört ganz genau dort auf, wo die Senkung der Zolltarife die Gefahr heraufbeschwören würde, irgendeinen Sektor der amerikanischen Wirtschaft dazu zu zwingen, seinen Lebensstandard zu senken, um gegen die ausländische Konkurrenz zu kämpfen.

„Le Monde“, Paris.

Kerr Freudenberg lächelt

Das Nora-Werk beschäftigt im Verhältnis zur Lederbranche einen hohen Prozentsatz schwerbeschädigter. Davon sind viele bis zu 100% beschädigt. Es gibt da Akkorddrucker, die sich fast ausschließlich aus mehr oder weniger Krüppeln rekrutieren. Ein bewußter Förderer der Akkorddrucker ist der „Betreuer“ der Körperbeschädigten, Herr Bender, der für den gesamten Betrieb zuständig ist. Er steht auf dem bemerkenswerten Standpunkt, daß die zusätzliche geringe Rente der Bemitleidenswerten nach seiner Ansicht durch entsprechendes höheres Lohn, der ohnehin ausgegumpten beschädigten Arbeiter für diese ein besseres Lebensniveau schaffen könnte. Bender selbst war ehemaliger Offizier und Ritterkreuzträger. Ob das mit seinen Ansichten zusammenhängt?

Ein Präzedenzfall für die eigenartigen Zustände innerhalb des Norawerks ereignete sich in der vergangenen Woche. Ein über 60 Jahre alter Arbeiter, der bisher für die Firma bei Versuchsproduktionen die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte, mußte auf die Initiative Benders hin von seiner Maschine weichen, da er aus ihr angeblich zu wenig herausgeholt hatte. Bender begründete die Maßnahme mit der Bemerkung, daß für diesen Platz zweifellos ein Kriegsbeschädigter besser „geeignet“ sei. Der Nachfolger des beiseite geschobenen Arbeiters erklärte — ohne dabei an seiner eigenen Dummheit zugrunde zu gehen — man könnte die Arbeitsleistung seines Vorgängers unbedingt um das Doppelte steigern. Bei seiner Körperbehinderung eine gewagte Ansicht. Der ältere Arbeiter wurde daraufhin im Interesse der Firma in ein anderes Werk versetzt.

Obwohl jeglicher Kommentar zu dieser Angelegenheit überflüssig erscheinen müßte, sei bemerkt, daß in diesem Falle die ganze Bestrebungen des Verbandes der Körperbeschädigten illusorisch bleiben müssen.

Noch 50000 Mannheimer evakuiert

Mannheim. Ungefähr 50000 Mannheimer, die auf Grund der Kriegsergebnisse aus der Stadt evakuiert werden mußten, wohnen heute noch außerhalb der Stadtgrenzen. Nach einer Aufstellung des Mannheimer statistischen Amtes kann die Rückgliederung dieser Bürger gute Fortschritte. So konnten in den ersten neun Monaten des Jahres 1949 2900 Personen in ihre Heimatstadt zurückkehren. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres konnten 2400 und in den ersten Monaten des Jahres 1947 nur 1300 Evakuierte wieder in die Stadt zurückgebracht werden.

Die Rückführung dieser 50000 Mannheimer verschärft erneut das Wohnungsproblem, das ohnehin schon unerträgliche Formen in Mannheim angenommen hat, und macht die Forderung nach sozialem Wohnungsbau immer dringender. Damit verbunden ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für unsere Mitbürger. Der Stadtrat und die Behörden werden sich mit dieser Frage beschäftigen müssen, denn hier muß schleunigst etwas getan werden.

Kriegsgräberfürsorge

Die Mannheimer Geschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. ist seit ihrer Gründung nicht müßig gewesen. Die alte Mitgliederkartei wurde zum größten Teil gesichtet und soweit wie möglich berichtigt, so daß nun mit der Versendung eines Rundschreibens an die alten Mitglieder begonnen werden konnte.

Der Volksbund hegt die Erwartung, daß nicht nur die alten Mitgliedschaften erneuert, sondern neue hinzukommen werden. Nur so wird es möglich sein, den Anfang zu einer würdigen Pflege der deutschen Kriegsgräber zu machen.

Infolge Zunahme der Tätigkeit wird die Mannheimer Geschäftsstelle des Volksbundes in der Rheinstraße Nr. 1 nunmehr montags, mittwochs und freitags nachmittags von 15 bis 18 Uhr geöffnet sein.

Richtfest im Ludwig-Frank-Block

43 neue Wohnungen, aber 128 Familien noch in einsturzgefährdeter Behausung

Wenn man die großen Wohnblöcke wie das Gras wachsen sieht, dann kann man ungefähr ermessen, wie rasch der Wohnungsbau bei der neuartigen Bauweise fortschreiten könnte, wenn genügend Mittel dafür zur Verfügung gestellt würden. Was hat das schon zu bedeuten, daß im nunmehr beendeten ersten Bauabschnitt des Ludwig-Frank-Blocks 43 neue Wohnungen vergeben werden konnten, wenn Bürgermeister Trumpfheller in seiner Ansprache beim Richtfest für diesen ersten Teil des Ludwig-Frank-Blocks mitteilen mußte, daß sich die Zahl der Familien, die in einsturzgefährdeten Wohnungen leben müssen, inzwischen von 78 auf 128 erhöht hat, also um mehr als die Zahl der soeben neu hinzugekommenen Wohnungen. Der Neuzuwachs deckt also nicht einmal den Verschleiß und Neubedarf. Und dabei soll Mannheim noch, wie Bürgermeister Trumpfheller weiter behauptete, in bezug auf Wohnungsbau in Westdeutschland führend sein!

Vom ersten Spatenstich am 9. Mai 1949 durch Oberbürgermeister Cahn-Garnier bis zur Dachstuhlverlängerung am 26. August und Beendigung des Innenausbaus am 1. November 1949 wurde der erste Bauabschnitt innerhalb 6 Monaten vollendet. Der Mittelbau mit weiteren 40 Wohnungen wird Mitte Dezember wohnbereit sein und der Südfügel des Blocks, mit den restlichen 27 Wohnungen von insgesamt 110, Mitte Januar 1950. Für den Bau wurden 5600 cbm Beton und 4000 cbm Betonplatten verwendet, ferner 1500 cbm Zement, 100 t Stahl und 400 cbm Holz. 1800 cbm Erde mußten bewegt werden. Wenn man dazu fährt, daß durchschnittlich nur 120 Arbeits-

kräfte erforderlich waren, um aus diesen gewaltigen Massen an Material in wenigen Monaten einen solchen Riesenbau zu erstellen, so spricht das nicht nur für das Können und den Fleiß der Bauarbeiter,

sie schafften teilweise sogar samstags und sonntags durch, um die Fertigstellung eines Teils der Wohnungen noch vor Winteranbruch zu ermöglichen,

sondern es zeigt auch die ungeahnten Möglichkeiten zur rascheren Linderung der bitteren Wohnungsnot — wenn das Geld zur Verfügung stünde. So erfreulich es ist, daß es gelungen ist, für ein Herbstprogramm noch 3,1 Millionen bereitzustellen, wovon 2 Millionen auf die GBG entfallen und womit weitere 360 Wohnungen an der Landwehrstraße und Eisenlohrstraße erstellt werden sollen —

das sind doch alles nur Bagatellen im Vergleich zu dem Wohnungselend von ungeheurem Ausmaß! 4000 Bewerber sollen sich für die soeben fertig gewordenen 40 Wohnungen des ersten Bauabschnitts des Ludwig-Frank-Blocks gemeldet haben. Man müßte also an jede der bewilligten Summen für den sozialen Wohnungsbau mindestens noch zwei Nullen anhängen, wenn wenigstens eine Milderung der Wohnungsnot in absehbarer Zeit erreicht werden soll. Aus dieser Erkenntnis betrachtet, war das Richtfest im Feldschloßchen für die Bauarbeiter eine wohlverdiente Erholungs- und Feiertage nach vollbrachten Werk. Für die Planer und die Verantwortlichen beim sozialen Wohnungsbau lag aber durchaus kein Grund zur Freude vor — das Mißverhältnis zwischen Soll und Haben muß doch eher depressierend wirken. E.S.

Da streiten sich die Leut' herum

Mannheimer Polizeibericht meldet:

Nach vorausgegangenen Streitigkeiten stieß eine in Sandhofen wohnende Frau ihrem 30 Jahre alten Ehemann kurzerhand das Brotmesser in den Leib, so daß die Eingeweide hervortraten. Der Schwerverletzte wurde sofort ins Städt. Krankenhaus transportiert; Lebensgefahr besteht vorerst nicht.

Zum Glück rechtzeitig bemerkt! Während der Fahrt eines Güterzuges kam ein auf offenem Waggon stehender amerikanischer Verladerkran in Bewegung, so daß das schwenkbare Oberteil sich quer zur Fahrtrichtung drehte. Ein neben den Bahngleisen

stehender Signalmast wurde glatt umgerissen und der Kran selbst beschädigt. Erfreulicherweise konnte der Güterzug kurz vor Erreichen der Riedbahnbrücke zum Stehen gebracht werden, so daß weiterer Schaden vermieden werden konnte.

Zwei tödliche Betriebsunfälle

Anscheinend hatte es ein Elektriker, der an einem Lichtmast vor dem Eingang des Mannheimer Schlachthofes mit Reparaturarbeiten beschäftigt war, unterlassen, vor Beginn seiner Arbeiten den elektrischen Strom abzuschalten. Das wurde ihm zum Verhängnis. Mitten in seiner Arbeit kam er wohl mit der Leitung in Berührung und stürzte aus etwa 7,50 Meter Höhe von der Leiter auf den Gehweg. In schwerverletztem Zustand wurde er sofort ins Städt. Krankenhaus verbracht, ist jedoch unterwegs verstorben.

Ein bei der Firma Heinrich Lanz in der Gießerei tätiger Arbeiter war mit dem Transport von Gußteilen innerhalb der Fabrikhalle beauftragt. Plötzlich stieß er mit einer Ladung Gußformen gegen die in etwa 2 m Höhe befindliche Balanceschiene eines Verladerkranes, wobei die herunterfallende Eisenschiene den Arbeiter so unglücklich am Kopf traf, daß er schwere Kopf- und innere Verletzungen davontrug. Kurz nach der Einlieferung ins Städt. Krankenhaus ist der Bedauernswerte seinen Verletzungen erlegen.

Spezialmethode eines Wegelagerers

Auf der Nachhausefahrt wurde ein junger Mann von Feudenheim, kurz vor dem Sportplatz an der Sellweide, von einem bis jetzt noch Unbekannten, der ebenfalls auf dem Rad fuhr, beim Überholen gerammt und gleichzeitig durch einen Kinnhaken bewußtlos geschlagen. Der gemeine Bursche raubte dann seinem Opfer die Brieftasche, die 10 DM Bargeld und die Kennkarte enthielt.

Nicht der richtige Mann!

Schwer enttäuscht und geschädigt wurden zwei Baulustige von hier, die die Erfüllung ihrer Bauwünsche einem falschen Bauingenieur anvertrauten. In beiden Fällen mußte der Bau wegen unzureichender Ausführung eingestellt werden. Die beiden Opfer bezifferten ihren Schaden auf rund 5700 DM. So nebenbei verkaufte der falsche Bauingenieur noch 5000 Backsteine und zwei Eisenträger; außerdem eignete er sich 140 DM Lohngeelder an, um damit seine eigenen Finanzen zu stärken.

Das habe ich noch nicht gewußt . . .

daß es Kulturerebnisse unentgeltlich gibt

Ein Leser schreibt uns: Ein Redner hält in Mannheim vor Betriebsräten einen tief-schürfenden, abendakademischen Vortrag über das Recht auf Kultur und behauptet dabei nicht mehr und nicht weniger, daß Kultur (bzw. deren Genuß) unabhängig sei von geldlichen Mitteln. Bei den Betriebsräten, die samt und sonders von der Hand in den Mund leben und nicht etwa eine Rembrandt- oder Tizian-Sammlung in Privatbesitz haben, löste das, wie man hört, begrüßlicher Weise eine lebhatte Diskussion aus, denn das war ihnen tatsächlich neu. Schließlich ist das ja auch klar; denn erwachsene Menschen haben ja die Erfahrung gemacht, daß man für alles in diesem Leben bezahlen muß — höchstens ganz kleine und unschuldige Kinder wiesgen sich noch in süßen Träumen, daß man auch umsonst in dieser Welt der harten Tatsachen etwas genießen darf, und greifen mit begehrlichen Händchen nach den schönen Dingen. Vielleicht ist es im Jenseits anders? Doch das wissen wir nicht, denn es ist ja nach Shakespeare das „unentdeckte Land, von dem des' Bezirk kein Wanderwiederkehrt“. Diese Frage höher zu untersuchen wäre Sache der Theologen.

Kulturerebnisse gibt es unentgeltlich? Das ist zu schön, um wahr zu sein. Wenn zum Beispiel der arbeitende Durchschnittsmensch abends dem Schraubstock oder den Zahlenkolonnen des Kontors entflieht, dann spürt er unklar das Verlangen nach Ablenkung und auch nach Erhebung. Er geht je nach Mentalität und Kasse ins Kino, Theater oder Konzert. An den Eingängen der respektiven Kulturveranstaltungen stehen gewöhnlich Platzanweiserinnen, IrrierteTheaterdiener oder sonst ein Cerberus, der die freundliche Bitte dann an den verehrten Besucher richtet, den Eintrittsschein für die jeweilige europäische oder transatlantische Kulturattraktion vorzuzeigen. Dieser Eintrittsschein oder Kassenbonn muß, wie mäännlich bekannt, in der Regel bar bezahlt werden. Hat dieser betreffende Durchschnittsbürger höhere oder absonderliche Ansprüche und zieht es ihm in die Stadt. Kunsthalle zu Malerei und Plastik, so passiert ihm dort dasselbe. Ohne Obolus keine Kultur, es ist uns kein Fall von

irgendwelchen unentgeltlichen Kulturerebnissen bekannt.

Dabei liegen die Dinge doch so, daß beispielsweise ein Furtwängler-Konzert, also ein wirklicher Kunstgenuß, mit seinen erhöhten Preisen für den Werkstätigen immer unerschwinglich ist. Ferner, daß der kleine Mann mit einem Durchschnittseinkommen von 200 DM monatlich auf Kulturveranstaltungen überhaupt verzichten muß und sich mit „Sorrögaten“ begnügen, den Kunstersatz im Vorstadtkino mit seinen oft recht fragwürdigen Erzeugnissen der Filmproduktion.

Ein künstlerisches Erlebnis könne auch ein „guter Druck“ vermitteln, meinte der Redner. Recht auf Kultur und ein billiger Kunstdruck, wenn wir recht verstanden haben, vielleicht eine Reproduktion der Sixtinischen Madonna — wie reimt sich das zusammen? Der Besitztende stellt in die Halle seines Hauses ein antikes oder modernes Kunstwerk, hängt in seinen Salon einen echten van Dyck oder flandrische Gobelins, und der arbeitende Mensch befestigt an der Wand einen buntgedruckten Karton nach dem Original eines Meisters und hat damit sein Kulturerebnisse. Wahrlich, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Für den Reichen die Kunst, für den Armen den Kunstersatz, das also ist des Pudels Kern. Das Recht auf Kultur, so will uns dünken, ist das Recht, das mit uns geboren ist, und die Kunstschätze der Welt müssten eigentlich jedermann zugänglich sein, so soll es sein und so wollen wir es auch haben nach dem schönen Wort: Die Kunst dem Volke.

Seltene Sondersteuer für Gewerbeschüler

Die Schulleitungen der Mannheimer Gewerbeschulen I und II verlangen seit einiger Zeit von ihren Schülern Lehrmittelbeiträge in Höhe von einer bzw. zwei DM. Die Schulleitungen erklären ihren Schülern, daß sie vom Stadtrat bzw. vom Verrechnungsausschuss oder sogar vom Kultusministerium — Amtsstelle Karlsruhe — die Erlaubnis für die Einziehung von Lehrmittelbeiträgen hätten.

Die Mannheimer Gewerbeschüler protestieren, wie es in einem Schreiben des Schulausschusses der Gewerbeschule I und des Jugendausschusses des Industrie-Verbandes Metall heißt, gegen diese Anordnungen und verlangen mit Nachdruck die Rückgängigmachung dieser Sondersteuer. Es gehe nicht an, in der heutigen Zeit, in der die arbeitende Jugend unter den schlechtesten sozialen Bedingungen ihre Berufs-

Thilde fährt zum Parteitag

Schwarz war's noch draußen und nicht viel zu sehen. Aber dann lichtete sich hinter Maulbronn das Dunkel, die Umrisse zerstörter Häuser wurden erkennbar, und dann dämmerte es rasch. Zwei Minuten vor 9 Uhr waren wir vor dem Volkshaus in Mannheim-Neckarau.

Den Verlauf der Tagung will ich nun nicht beschreiben, der Bericht darüber stand ja prompt am Montagmorgen in unserer Volksstimme. Die Zeit war ja mehr wie ausgefüllt, und abends rauchten uns allen die Köpfe ein bißel von all den Fragen und Problemen, die mit einer unerhörten Gründlichkeit durchgeackert wurden. Wir hatten bei unserer Ankunft Quartierzettel bekommen. Auf meiner Anweisung stand bei Mannheim nur die ominöse Zahl G 6, 18, und ich hatte einige Bedenken, ob ich mich in diesem Kreuzworträtsel von Straßen und Quadraten würde zurechtfinden können. Aber die Mannemer waren natürlich auf Draht — sie lösten uns geschickt und sicher in unsere Quartiere.

Unsere Gastgeber warteten schon mit sichtlicher Ungeduld auf uns. Freilich — wenn da seit einer Stunde schon der Kakao fertig unter der Haube und auf dem Tisch eine großmächtige Platte mit Kuchen steht! Aber die Aufforderung zuzulangen wurde so herzlich und immer wieder und mit solch natürlicher Selbstverständlichkeit an uns gestellt, daß wir nicht ablehnen konnten. Friedliebend, wie Kommunisten nun einmal sind, gaben wir nach. Aber mehr wie drei Tassen Kakao und vier Stück Kuchen zwang ich dann doch beim allerbesten Willen nicht mehr und alles weitere Nötigen war umsonst. Immer wieder hieß es: „Nimm' se nur, wir freuen uns ja so, daß mer die Schuttgarter Genosse emol da habe . . .“ Und wenn sonst in Politik und Wirtschaft die Wogen hochgehen bei dem Schlachtruf „Die Württemberger — die Baden!“, so merktet wir bei diesem privaten Beisammensein nichts von Macht- oder Minderwertigkeitsgefühlen der beiden Stämme. Wir waren Genossen und als solche, wie das meist so ist, bald wieder in lebhaftem Gespräch über die verschiedenartigsten fortschrittlichen Fragen. Wieder erlebte ich die wohlthuende Harmonie unter Menschen gleicher Gesinnung, die sich doch eben noch fremd waren. Die egozentrischen Schranken, die die Menschen im Umgang miteinander aufgerichtet haben, fallen mit dem Wort „Genosse“, weil sie sich eins wissen mit dem Anderen im Streben nach dem gemeinsamen Ziel . . .

Der Abschied von unseren Gastgebern war darum so herzlich wie der Empfang. Wir tauschten unsere Anschriften aus, und nun freuen wir uns, liebe Mannemer Freunde, wenn wir Euch die wirklich herzliche Aufnahme, die Ihr uns bereitet habt, einmal in unserem lieben alten Stuttgart vergelten können. — Als wir — erfüllt von all dem Erlebten — spät abends wieder der Heimat zufuhren, fiel auch der müdeste Genosse in der hintersten Ecke des Wagens in unsern Singen mit lauter Stimme begeistert ein: „Wir wären ja so gerne noch geblieben, Aber der Wagen, er rollt . . .“

Thilde Hölwarth-Kuntler.

ausbildung und ihr Leben bestreiten muß, ihr den letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen. Während die Handwerksmeister und Unternehmer nichts Eiligeres zu tun haben, als bei den staatlichen Stellen Anträge auf Rückgängigmachung der erhöhten Erziehungsbeiträge zu stellen, werden die verfassungsmäßigen Rechte der Jugend mißachtet.

Die Jugend fordert den Stadtrat auf, in der nächsten Sitzung zu der Frage der Lehrmittelbeiträge Stellung zu nehmen und zu klären, ob die Gewerbeschulen befugt sind, den Lehrlingen eine solche Sondersteuer aufzuerlegen.

Affaire

BLUM

ROMAN VON R. A. STEMMLE

Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

11. Fortsetzung

Das Abscheulichste ist das Guckloch in der schweren, außen mit wuchtigen Stahlriegeln verschlossenen Tür. Nie wird man das Gefühl los, beobachtet zu werden, und nie weiß man, wem die tückisch glotzende Pupille gehört.

Ab und zu wird Dr. Blum aus seiner Zelle herausgerufen.

Nackte, hohe Hallen, offen bis hinauf zur Dachkuppel; durchweg Oberlicht. Frei schwebende Laufgänge und Treppen aus Eisen; beiderseits die Zellen, Tür an Tür. Meisterhaft gemacht, was Ubersichtlichkeit betrifft.

Im Zentrum des profanen Doms ein Glaskasten mit dem Diktator, dem allgewaltigen Oberwachtmeister, der „Kreuzspinne“.

Gewonen haben sie ihn auch. Wie ein Kalb, ehe es zur Schlachtbank geführt wird. Nackt, in dem entwürdigenden Zustand einer militärischen Musterung.

Und ärztlich untersucht.

Die Untersuchung hat darin bestanden, daß ihn ein vollbärtiger Gorilla befragte, ob in Blums Familie Geschlechtskrankheiten erblich gewesen seien. Außerdem hat Blum den rechten Fuß hochheben dürfen. Und jetzt wird er fotografiert. Mit der angesteckten Nummer: 2334. Von vorn und im Profil. Mit Hut und ohne Hut.

Rechter und linker Zeigefinger. Und für dann werden Fingerabdrücke genommen. alle vorkommenden Fälle Kontrollabzug der ganzen Hand. Dort in der daktyloskopischen Abteilung sieht er seinen Chauffeur wieder. Sie nickten sich zu, und Dr. Blum fragt den Beamten, der ihm einen schmutzigen Lappen zuwirft, damit er sich

die Finger reinigen soll: „Wann findet die Vernehmung statt?“ „Wenn's so weit ist.“

„Ich verlange, sofort verhört zu werden.“ Der Beamte antwortet ihm nicht.

„Stellen Sie sich hierher!“ Dr. Blum wird gemessen.

Der Chauffeur ruft Dr. Blum zu: „Herr Doktor, ich glaube, man will uns hier . . .“

„Halten Sie den Mund! — Ab! Zurück in die Zellen!“

Kommissar Schwerdtfeger und der Uneiner eisernen Wendeltreppe und warten. Gabler sieht Schwerdtfeger unsicher an.

„Jetzt haben Sie Gelegenheit, zu zeigen, was an Ihren Worten dran ist.“

„Wieso, Herr Kommissar?“

„Sie haben doch gesagt, Sie würden den Mann wiedererkennen.“

„Haben Sie ihn denn?“

„Das wollen wir gerade von Ihnen erfahren, ob wir den Richtigen haben. — Achtung!“

Dr. Blum und der Chauffeur Bremer werden von einem Wachtmeister in ihre Zellen zurückgeführt. Sie müsen warten, bis die Gittertür aufgeschlossen wird, die die Wendeltreppe absperren. Gabler sieht auf Dr. Blum und auf Bremer. — Gabler und Schwerdtfeger stehen im Dunkeln, Blum und Bremer im Licht. Schwerdtfeger sieht Gabler erwartungsvoll an.

„Das sind sie“, sagt Gabler bestimmt.

Dr. Blum und Bremer steigen die Wendeltreppe hinauf. Die Tür wird hinter ihnen abgeschlossen. Ihre Tritte auf den eisernen Stufen tönen über Gabler hinweg.

„Danke“, sagt Schwerdtfeger.

Dr. Blum und Bremer werden wieder eingesperrt.

Warum geschah das? Sie haben es nie erfahren. Auch der Wachtmeister hat es nie erfahren. Und auch sonst niemand.

Nur der Kommissar Jens Schwerdtfeger und der Untersuchungsgefängnisse Karlheinz Gabler wußten es.

„Bis zehn Uhr saß ich im Café Corso. Aber er kam nicht. Und nach Hause kam er auch nicht. Keine Nachricht.“

„Warte ab, Christina! Wer weiß, was er wieder in Gang bringt. Bei Karlheinz muß man immer auf Ueberraschungen gefaßt sein.“ Christina Burmann ging neben dem Gutsvolontär Hans Fischer die Dorfstraße in Klein-Helgendorf hinunter.

„Und du meinst nicht, daß ihm etwas zugestoßen ist?“

„Bewahre!“

Es war düster geworden. Aus einzelnen Bauernstuben schimmerte Licht. Fürwitzige Sterne durchbrachen das Violett des Himmels. „Kommst du mit rein?“

Christina konnte nicht mehr allein im Hause sein. Die Nacht, in der sie auf Karlheinz Gabler gewartet hatte, war furchtbar gewesen. Früh war das Mädchen schon wieder auf und in die Stadt gefahren.

„Kann nicht. Bei uns haben zwei Pferde die Kolk.“

Vor dem Haus 73a blieben sie stehen. Aus den Ritzen der Fensterläden im Wohnzimmer drang Lichtschein.

Christina packte Fischers Arm.

„Er ist ja da!“

„Na also.“

Sie stürzte ins Haus, Fischer folgte ihr. Vor der geöffneten Kommode hockte ein Mann, der sich aufrichtete, die beiden ansah und nicht im geringsten irritiert war, daß man ihn hier überraschte. Er hatte Hemden, Kisten und Kästchen herausgenommen. Das ganze Wohnzimmer war in Unordnung.

Christina wußte sofort Bescheid. Haus-suchung. Kriminalpolizei. Aber Hans Fischer mißdeutete das alles:

„Erlauben Sie mal! Was fällt Ihnen ein, bei wildfremden Leuten . . .?“

Er sei kein Einbrecher, versetzte der Mann und kam auf Hans Fischer zu. Daß Christina bis in die Haarwurzeln blaß geworden war, merkte er nicht.

Er hielt Gablers Schlüsselbund hoch und erläuterte dabei, daß er es von Gabler selbst habe und daß er nur seine Pflicht tue im höheren Auftrag. Er sei nämlich von der Kriminalpolizei. Schwerdtfeger sei sein Name.

„Und wer sind Sie?“

„Hans Fischer, Gutsvolontär.“

„Und Sie sind Fräulein Burmann? Herrn Gablers Braut?“

„Ja.“

„Setzen wir uns doch. — Also, Ihren Bräutigam haben wir verhaftet.“

Christina hielt sich am Stuhlsitz fest, als könnte er mit ihr davonrollen.

„Und warum, wenn man fragen darf?“

„Sie sind sein Freund?“

„Jawohl.“

„Damit da kein Irrtum ist . . . Ihrem Bräutigam gehts, den Umständen angemessen, nicht übel, vor allen Dingen besteht hohe Wahrscheinlichkeit, daß er in Kürze wieder bei Ihnen sein wird.“

„Na also!“ atmete Fischer auf. „Hätt' ich mir auch von Karlheinz nicht anders vorstellen können. Es war bloß ein Verdacht, nicht wahr?“

Schwerdtfeger machte eine Pause, ehe er antwortete.

„Ja, mehr ein Verdacht.“

Und dann holte er Fischer aus. Der trat für seinen Freund Karlheinz ein. Er kenne ihn seit zwölf Jahren, gesinnungsmäßig und überhaupt, er lege die Hand für ihn ins Feuer. Im Grunde ein anständiger Kerl.

Schwerdtfeger war derselben Meinung: Christina hüte sich, bezupflichten. Jeden Satz, den dieser Mann von sich gab, hielt sie für eine Falle.

Schwerdtfeger dankte dem Fischer. Er hätte jetzt mit Fräulein Burmann gern allein ein paar Worte . . .

„Verstehe. Bitte, wenn es erlaubt ist, um Uebermittlung von Grüßen an Karlheinz.“

„Gern.“

„Danke.“ Fischer verbeugte sich korrekt.

„Danke.“ Fischer verbeugte sich korrekt, schwand.

Christina Burmann und Jens Schwerdtfeger sind allein.

„Das zweite Jahr.“

„Und was sind Sie für eine Landmännin, „Gar keiner.“

wenn ich fragen darf?“

„Ich stamme aus Diethfurten in Ostfriesland.“

„Bravo. Hab' ich mir doch gleich gedacht.“ Und er singt: Wo die Wellen trecken an den Strand. — Wenn jemand so aussieht wie Sie. Blaue Augen wie das Meer, blond wie die Loreley. „Und er singt wieder: „Do is müne Heimat, do bün ick tu Hus.“

Christina rührt sich nicht auf ihrem Stuhl. Sie wartet darauf, daß er unvermittelt sagt: „Im Namen des Gesetzes.“

Ist er Ihnen auch treu?“

Christina sieht ihn fragend an, und Schwerdtfeger fragt schnell weiter:

„Hat er außer diesem Herrn Fischer noch andere Freunde? Kommt viel Besuch?“

Christina schüttelt den Kopf.

„Gar keiner? Ach?“

Besuch zu sprechen kommen, der da unten im Keller liegt. Ob sie sagen soll, daß sie ein Glas Wasser trinken möchte?“

„Und was haben Sie für einen Beruf?“

Christina denkt: „Jetzt wird er auf den „Laborantin.“

„Wo?“

„Ich bin, seit ich Karlheinz kenne, nicht mehr in Stellung.“

„So. — Aber nun sagen Sie mal, kleines Fräulein . . . hat Ihr Bräutigam nicht gelegentlich Andeutungen gemacht, daß er . . . daß er sich . . . daß er sich irgendwo beteiligen will?“

„Wieso beteiligen?“

„Na, bei irgend was mitmachen?“

„Versteh' ich nicht.“

„Hat er keine Bemerkung fallen lassen, daß er bequeme zu Geld kommen kann, wenn er sich dazu hergibt?“

„Nein.“

„Natürlich nicht. Aber er war in Geld-sorgen, nicht wahr?“

„Ja.“ Christina schluchzt.

Der Landesparteitag erklärt seine Zustimmung zu der Resolution des Parteivorstandes vom 16. September über die Lehren der Wahlen zum Bundestag. Die Feststellung dieser Resolution über die wachsenden günstigen Bedingungen zur Gewinnung der Massen für den Kampf um die nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes ist durch die Entwicklung seit dem 14. August bestätigt worden.

Das Neue in der politischen Entwicklung

„Die Gründung der deutschen demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

In diesen Worten Stalins wird dokumentiert, daß die in der deutschen Hauptstadt Berlin gebildete Regierung der deutschen demokratischen Republik ein großer geschichtlicher Schritt ist zur Einheit und Unabhängigkeit für ganz Deutschland und zur Sicherung des Friedens in Europa und der Welt. Diese Regierung, getragen von allen friedliebenden demokratischen Kräften des deutschen Volkes, wurde ermöglicht durch die Politik der sozialistischen Sowjetunion und die großen Fortschritte beim Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung, die in der Ostzone errungen wurden und weiter errungen werden. Als eine souveräne Regierung ohne Besatzungsstatut und Hohe Kommissare, als gleichberechtigt anerkannt von der Sowjetunion und den demokratischen Volksrepubliken, vertritt sie die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes, seine Forderung auf Einheit und Unabhängigkeit, einen baldigen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen.

In krassem Gegensatz zu der Bildung der selbständigen deutschen demokratischen Republik haben schon die ersten Schritte des westdeutschen Separatstaates seine völlige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit und die wahren Auftraggeber seiner Regierung erwiesen. Nicht der Bundestag, sondern die Hohen Kommissare der kapitalistischen Westmächte erteilten der Bonner Bundesregierung den bis in die Einzelheiten gehenden Befehl zur Herabsetzung des Auslandskurses der D-Mark, die weitreichende Auswirkungen auf die Lebenshaltung breiter Volksschichten hat. Selbst das Abkommen mit den deutschen Verwaltungen in der Ostzone über den innerdeutschen Warenverkehr durfte die Adenauer-Regierung nicht selbständig abschließen.

Das Regierungsprogramm des reaktionären Bürgerblocks von der CDU bis zur Deutschen Partei enthielt nur nichtssagende und unverbindliche Redensarten über die sozia-

Entschließung des Landes-Parteitag

len Verpflichtungen gegenüber den Werktätigen und Notleidenden, aber die feste Zusage an das Unternehmertum, mit allen Mitteln die Kapitalbildung zu fördern, d. h. alle Lasten des Hitlerkrieges, der Kolonialherrschaft und der Wiedererstarkung des deutschen Monopolkapitals dem arbeitenden Volk aufzuladen. Die Kampfansage Dr. Adenauers gegen die Oder-Neiße-Linie war das Signal für die Bundestagsmehrheit, darüber hinaus den Anschluß Böhmen-Mährens und Oesterreichs zu fordern. Schon vier Jahre nach dem katastrophalen Zusammenbruch der faschistischen Kriegspolitik kann im westdeutschen Parlament das Großdeutsche Reich Hitlers ungestraft von neuem propagiert und eine provokatorische Hetze gegen die Sowjetunion und die volkdemokratischen Staaten betrieben werden.

Diese chauvinistische Aggression nach außen ist die unentbehrliche Kehrseite der Reaktion im Innern. Durch sie soll die Aufmerksamkeit des Volkes von den Angriffen auf seine Lebenshaltung abgelenkt und ein Ausweg aus der Krise des Marshallplanes und der kapitalistischen Weltwirtschaft gesucht werden. Die politische Entrechtung des Volkes durch die Adenauer-Regierung soll nicht nur die verschärfte Ausbeutung, sondern auch die Kriegsvorbereitungen sichern. Deshalb war es kein Zufall, daß die wütenden Radauszenen im Bundestag gegen die Bloßstellung der volksfeindlichen, reaktionären Adenauer-Regierung durch unseren Genossen Max Reimann ihren Höhepunkt erreichten bei der Erklärung, daß die Oder-Neiße-Linie die Friedensgrenze ist. Das Verhalten zur Oder-Neiße-Linie ist zum Prüfstein einer wahrhaft nationalen und demokratischen Politik in Deutschland geworden. Wer die Anerkennung dieser Friedensgrenze ablehnt, bringt das deutsche Volk in Gegensatz zu seinen wahren Freunden in der Welt, zu dem Lager des Friedens und Fortschritts unter der Führung der sozialistischen Sowjetunion, die immer wieder für die Schaffung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung, einen baldigen Friedensvertrag für Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen eingetreten ist und diese Politik verwirklicht. Wer die Revision der Oder-Neiße-Grenze fordert, drängt das deutsche Volk in das Lager der westlichen Kriegstreiber, die Deutschland durch die Bildung des Bonner Separatstaates gespalten haben, es auf Jahrzehnte besetzt halten und zum Vorposten ihrer imperialistischen Politik machen wollten, die das deutsche Volk heute der doppelten Ausbeutung durch fremde und einheimische Monopolkapitalisten unterwerfen und es morgen zum Kanonenfutter in einen dritten Weltkrieg pressen wollen.

eine aktive Mitarbeit in ihren Organisationen ausgewertet.

Daß unsere Partei im Landesdurchschnitt die Stimmzahl der Landtagswahlen 1946 halten konnte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß angesichts der Zunahme der Wahlberechtigten unser prozentualer Stimmenanteil gefallen ist und in wichtigen industriellen Kreisen sogar ein absoluter Stimmenrückgang verzeichnet werden muß. Dieses unbefriedigende Wahlergebnis kann nicht mit dem Uebergewicht der gegnerischen Propagandamöglichkeiten und den vielfältigen Erschwerungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen unsere Wahlagitatorien erklärt werden. Trotz diesen Schwierig-

keiten entspricht das Wahlergebnis nicht den günstigen objektiven Bedingungen, die gegeben sind durch das entschiedene Eintreten der Sowjetunion für die Einheit Deutschlands, einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen, bei gleichzeitig immer deutlicheren Auswirkungen des Marshallplanes und der Kolonisierung Westdeutschlands auf die Lebenshaltung der Werktätigen. Trotz dieser günstigen Bedingungen und trotz der gesteigerten Aktivität eines Teiles unserer Mitgliedschaft ist das Wahlergebnis für unsere Partei unbefriedigend. Diese Feststellung verpflichtet die Partei zu einer ernsten und selbstkritischen Ueberprüfung ihrer gesamten Tätigkeit.

Die hauptsächlichsten Schwächen und Fehler der Partei

Unsere Partei vermochte nicht mit der notwendigen Kraft und Entschlossenheit der antikommunistischen Hetze entgegenzutreten, weil ernste ideologische Unklarheiten und politische Schwächen in der Partei vorhanden sind. Die Unklarheiten und Schwächen konnten auftreten, weil die marxistisch-leninistische Festigung der Partei vernachlässigt und insbesondere die Gefahren parteifeindlicher Abweichungen nicht rechtzeitig erkannt und bekämpft wurden.

Es ist das gemeinsame Ziel aller parteifeindlichen Agenturen, ganz gleich unter welchem Firmenschild sie auftreten, die Arbeiterklasse zu entzweieln, die internationale Einheit der Arbeiterbewegung und die internationale Front des Friedens zu zerschlagen, die kommunistischen Parteien in Feindschaft gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien zu bringen, sie auf den Weg der nationalistischen Versumpfung zu drängen und in ein Werkzeug des Imperialismus zu verwandeln. (Aus dem Beschluß des Sekretariats des Parteivorstandes vom 25. Okt.)

Diese Gefahren wurden in der Partei verkannt, die Bildung des Informationsbüros und seine Tätigkeit für die ideologische Klärung und Festigung der kommunistischen Parteien wurde fast nicht beachtet. Die Unterschätzung durch den Landesvorstand vom Oktober 1948 über die Politik der Titoclique in Jugoslawien und die Lehren für die KPD zur Grundlage einer gründlichen Diskussion zu machen. Deshalb war es möglich, daß z. B. noch vor kurzem in Göttingen ein Funktionär die verräterische Politik Titos entschuldigte und verteidigte. Infolge der ungenügenden innerparteilichen Wachsamkeit konnte von trotzkistisch-titoistischen Agenturen des Klassenfeindes systematisch parteifeindliches Material an Parteimitglieder — und sogar in Großbetrieben — verbreitet werden, ohne daß diese Zersetzungsbemühungen bei allen Kommunisten auf entschiedene und unbedingte Ablehnung stößt, ja daß sogar „Argumente“ dieser Agenturen von Parteimitgliedern übernommen werden.

Auch nach der Veröffentlichung der Resolution des Parteivorstandes vom 16. September werden diese Gefahren in der Partei noch unterschätzt. Viele Parteileitungen und Parteimitglieder scheuen eine offene Kritik und Selbstkritik. Z. B. lehnte die Kreispartei in Nürtingen in der vorgelegten Resolution die kritische Feststellung des Versagens der stärksten Ortsgruppe ab, obwohl die Richtigkeit dieser Kritik nicht bestritten werden konnte. In vielen Parteieinheiten zeigen sich Duldsamkeit und Verschönerung gegenüber politischen Abweichungen und eine falsche Auffassung der innerparteilichen Demokratie. Z. B. wurde auf der Kreisversammlung in Mannheim zwar die vorgelegte Resolution fast einstimmig angenommen, aber eine starke Minderheit war der Auffassung, daß ein Genosse, der sich gegenüber dieser Resolution der Stimme enthalten und die Politik der Partei in allen wesentlichen Punkten angegriffen hatte, trotzdem als Delegierter zum Landesparteitag gewählt werden sollte.

Die Folgen dieser ungenügenden innerparteilichen Wachsamkeit und der fehlenden ideologischen Festigung der Partei sind ernste Schwächen und Fehler in ihrer praktischen Politik. Gegenüber der Antisowjet-

hetze versuchen manche Kommunisten einem eindeutigen Bekenntnis zur Sowjetunion und einer klaren Stellung zur Kriegsgefangenenfrage, zur Oder-Neiße-Linie usw. auszuweichen oder gar sich von der Politik der Sowjetunion oder der SED abzugrenzen. Z. B. vertrat auf der Kreisversammlung in Mannheim ein Delegierter das gegnerische Argument, daß die Oder-Neiße-Linie gegen den Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen verstoße und nicht als endgültig anerkannt werden könne. Die Uebernahme solcher feindlichen Auffassungen hinderte die Partei, den Kampf gegen die Antisowjetpropaganda offensiv zu führen und ihr unsere Aufklärungsarbeit über das große sozialistische Aufbauprogramm in der Sowjetunion, über ihre Hilfe für ein einiges und demokratisches Deutschland und für die fortschrittliche Entwicklung in der Ostzone entgegenzustellen.

Ideologische Unklarheiten hemmten auch die Entwicklung der nationalen Politik der Partei. Manche Kommunisten verstehen noch nicht die volle Bedeutung unseres Kampfes für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Es zeigten sich Bedenken gegen die Charakterisierung Westdeutschlands als ein Kolonialstaat und die Befürchtung, daß die Politik einer breiten nationalen Front zur Zurückstellung der Klassenforderungen der Arbeiterschaft führe. Darin zeigt sich eine Verkennung des Wesens des Imperialismus und in der Gegenüberstellung der Klassenforderungen der Arbeiterschaft mit der nationalen Politik der Partei eine Tendenz des Sektierertums, die die Partei hinderte, eine breite nationale Front gegen die Kolonialherrschaft zu organisieren. Wir verstanden nicht, unsere nationalen Forderungen zu verknüpfen mit konkreten Aktionen gegen die Auswirkungen der Spaltungs- und Kolonisierungspolitik auf die Lebenshaltung und die demokratischen Rechte des arbeitenden Volkes. Es ist der Partei nicht gelungen, die von diesen Verschlechterungen betroffenen Schichten zum aktiven Kampf gegen Massenentlassungen, für die Erhöhung der Löhne, Renten und Unterstützungen zu mobilisieren. Völlig vernachlässigt wurde die Aufklärung und Werbung unter der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung, die unter wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidet, und ein unentbehrlicher Verbündeter der Arbeiterklasse für den Kampf um die gemeinsamen Interessen ist.

Die Schwankungen und Unklarheiten über die politischen Aufgaben und die Rolle der kommunistischen Partei haben auch ernste organisatorische Schwächen im Gefolge. Das krassste Beispiel für die Vernachlässigung der Betriebsgruppenarbeit bietet der Betrieb Freudenberg in Weinheim, wo ca. 170 Kommunisten arbeiten, unsere Partei die meisten Betriebsratsmitglieder stellt und trotzdem bis heute noch keine Betriebsgruppe gebildet wurde. In einigen anderen Betrieben wurden bestehende Betriebsgruppen wegen organisatorischer Schwierigkeiten durch Wechselschichten, große Entfernungen zwischen Wohnort und Betrieb usw. aufgelöst.

Viele Kreisvorstände haben keine feste und regelmäßige Verbindung zu allen ihren Betriebs- und Ortsgruppen und deshalb auch keine genaue Kenntnis von dem politischen und organisatorischen Zustand und der Tätigkeit der unteren Parteieinheiten.

Unsere Politik für ein gemeinsames Handeln der Kommunisten und Sozialdemokraten

Auch die Politik der Partei für ein gemeinsames Handeln der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde nicht konsequent und beharrlich durchgeführt. Die reaktionäre Entwicklung in Westdeutschland wurde nicht zuletzt durch die verhängnisvolle Politik der SPD-Führung verschuldet. Durch die Verhinderung der Einheit der Arbeiterbewegung haben die rechten SPD-Führer die Kampfkraft der Arbeiterklasse gelähmt und durch ihre Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien das reaktionäre Bürgertum gestärkt. Sie waren die wärmsten Befürworter des Marshallplanes; Dr. Schumacher forderte als erster das Besatzungsstatut und verzichtete damit auf einen Friedensvertrag und die Räumung Deutschlands von den Besatzungsmächten. Die SPD-Führer haben aktiv an der Spaltung Deutschlands durch die reaktionären Bonner Separatstaats mitgearbeitet. Vor allem aber in der Hetze gegen die Sowjetunion, die volkdemokratischen Länder und die Ostzone haben die rechten SPD-Führer die verhassten reaktionären noch übertrieben. Das Wahlergebnis vom 14. August beweist eindeutig, daß dieser Hauptkampf der SPD-Führung gegen die Sowjetunion und den Kommunismus auch die Sozialdemokratie selbst empfindlich geschwächt hat. Trotzdem setzen die rechten SPD-Führer ihre verhängnisvolle Politik auch heute fort. Sie haben noch schärfer als die Adenauer-Regierung jede Forderung der reaktionären Regierung für die Demokratischen Republik abgelehnt und versucht, durch die Einbeziehung Westberlins in den Bonner Separatstaat die Spaltung Deutschlands noch zu vertiefen und die Gegensätze zwischen den Großmächten zu ver-

schärfen. Während bürgerliche Wirtschaftler und Politiker für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eintreten, forderte Carlo Schmid den Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen. Um den Zweijahresplan und den Aufbau der demokratischen Wirtschaft zu stören, will er weitere Zehntausende Arbeiter und Angestellte in Westdeutschland der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ausliefern.

Trotz dieser verhängnisvollen Politik der rechten SPD-Führer sind die Massen der SPD- und Gewerkschaftsmitglieder keine sichere Stütze für die reaktionäre Politik mit dem Bestreben der bürgerlichen Parteien, die SPD aus Regierungs- und Verwaltungsstellen zu verdrängen. Deshalb war es ein Fehler, daß in der Wahlkampagne sich unser Kampf gleichermaßen gegen alle Regierungsparteien richtete, statt den Stoß gegen den Hauptfeind zu richten, den amerikanischen Imperialismus und die mit ihm verbundenen deutschen Monopolkapitalisten. Sein Angriff auf die Lebensinteressen der Werktätigen kann nur durch den gemeinsamen Kampf der Kommunisten und Sozialdemokraten mit den christlichen und parteilosen Arbeitern abgewehrt werden. Ohne Abschwächung unseres schärfen, aber sachlichen Kampfes gegen die Politik der rechten SPD-Führer sind wir Kommunisten bereit, mit den Sozialdemokraten gemeinsam für die Forderungen ihres Dürkheimer Programms, soweit sie den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen, in- und außerhalb der Parlamente einzutreten und gemeinsame Maßnahmen gegen die reaktionären Angriffe auf sozialdemokratische Positionen in

Regierung und Verwaltung durchzuführen. Aus dieser Haltung heraus hat die kommunistische Landtagsfraktion den sozialdemokratischen Innenminister gegen die reaktionären Angriffe auf die Landespolizeidirektion unterstützt, doch hat die Partei versäumt, unser Auftreten im Landtag allen Sozialdemokraten bekanntzumachen und daran Vorschläge für das gemeinsame Vorgehen in den Gemeinderäten, Gewerkschaften und Betrieben zu knüpfen. Auch die Abstimmung unserer Fraktion im Bundestag für die Kandidatur Dr. Schumachers als Bundespräsident ist nicht von allen Genossen verstanden und ausgewertet worden. Zum Beispiel vertrat auf der Kreisversammlung Karlsruhe ein Mitglied des Kreisvorstandes die Auffassung, die Abstimmung für Schumacher sei eine „Stimmabgabe für den Klassenfeind“ gewesen. Solche sektiererischen Tendenzen haben zur Folge, daß unsere Genossen sich nicht mit ganzer Kraft für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in Betrieb, Gewerkschaften und in den Gemeinden einsetzen.

Die Aufgaben der Partei

Durch die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik wurde im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und für den Frieden ein großer Erfolg errungen. Es wachsen damit die günstigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf der Partei, aber zugleich auch ihre nationale und internationale Verpflichtung für die Sache des Friedens und des Fortschritts, der Demokratie und des Sozialismus.

Die in- und ausländische Reaktion nützt ihren Erfolg vom 14. August zu neuen Vorstößen. Die bürgerliche Rechtsregierung in Bonn bedeutet mit der verstärkten Abhängigkeit Westdeutschlands vom amerikanischen Imperialismus zugleich auch einen verschärften Kurs des deutschen Monopolkapitals gegen die sozialen Interessen und politischen Rechte des werktätigen Volkes. Die Herabsetzung des internationalen Verrechnungskurses der D-Mark löst eine neue Teuerungswelle aus und drückt die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Renten und Unterstützungen noch weiter herab. Demgegenüber hat sich der Widerstand der Unternehmer gegen die geringste Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen seit dem 14. August zusehends versteift. Der verschärfte Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt und die Krise des Marshallplans, die in dem internationalen Währungsbruch zum Ausdruck kommen, haben wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einerseits, Durchbruch des Achtstundentages, Kürzung der Akkordsätze und verstärkte Antreiberi andererseits zur Folge.

Diese unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, Handwerker und Kleingewerbetreibenden, Kriegs- und Sozialrentner, kann nur durch den aktiven Widerstand aller dieser Bedrohten verhindert werden. Es ist die Aufgabe der KPD, diesen einzig möglichen Weg des gemeinsamen Kampfes aufzuzeigen und zu organisieren. In den Betrieben und Gemeinden, in den Gewerkschaften, den Organisationen der Flüchtlinge, der Kriegsoffer, der Fliegergeschädigten — müssen die Kommunisten durch ihre vorbildliche Aktivität beispielgebend sein, müssen mit ihren politischen und organisatorischen Erfahrungen den Mitgliedern dieser Massenorganisationen helfen, alle Möglichkeiten und Formen zur wirksamen Verteidigung ihrer Lebensinteressen zu entwickeln. Der Landesparteitag erinnert besonders an die selbstverständliche Pflicht jedes Kommunisten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, in seiner Gewerkschaft aktiv mitzuarbeiten und allen gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen entgegenzutreten.

Für den Kampf um die sozialen und nationalen Interessen aller Werktätigen ist die Aktionseinheit der Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung. Das Wahlergebnis vom 14. August und seine Folgen haben in der Mitgliedschaft der SPD eine starke Beunruhigung und eine Diskussion über die Politik ihrer Parteiführung ausgelöst. Wir müssen deshalb in den Betrieben und Gemeinden gemeinsame Aussprachen mit den Mitgliedern und Funktionären zustandebringen und ihnen konkrete Vorschläge für gemeinsame Aktionen und eine enge Zusammenarbeit machen.

Der Kampf um die unmittelbaren Lebensinteressen des arbeitenden Volkes kann nur erfolgreich sein, wenn er verbunden ist mit dem Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die koloniale Abhängigkeit des westdeutschen Separatstaates. Die Arbeiterschaft kann die Angriffe auf ihre Lebenshaltung nicht abwehren, ohne gleichzeitig gegen die doppelte Ausbeutung durch in- und ausländische Kapitalisten zu kämpfen, sie kann ihre Arbeitsplätze nicht erhalten, wenn nicht die Unterwerfung der westdeutschen Wirtschaft unter ausländische kapitalistische Konkurrenzinteressen aufgehoben wird. Die gemeinsamen Interessen erfordern die Bildung der Nationalen Front aller Deutschen, die — unabhängig von der politischen, sozialen und weltanschaulichen Stellung des Einzelnen — Frieden, Einheit und Unabhängigkeit für Deutschland anstreben. Es ist die große Aufgabe der deutschen Kommunisten, die breitesten Schichten unseres Volkes zu gewinnen für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, wie sie in den 20 Punkten im Manifest des Deutschen Volksrates aufgestellt sind und alle wirtschaftlichen und sozialen Bewegungen zusammenschließen im Kampf für diese Forderungen.

Unsere Partei wird ihre großen und verantwortungsvollen Aufgaben nur bewältigen können, wenn sie selbst politisch klar und einheitlich und organisatorisch fest ist. Die wichtigste innerparteiliche Aufgabe ist die ideologisch-politische Festigung der Partei. Durch Diskussionen in den Mitgliederpartei-sammlungen, durch Schulungsabende und Kurse müssen vor allem die Rolle der sozialistischen Sowjetunion als der stärksten und führenden Kraft des Friedens und des Fortschritts und der demokratische Aufbau in den volkdemokratischen Ländern und der Deutschen Demokratischen Republik einsehend erläutert werden. Ueber die Rolle der trotzkistisch-titoistischen Agenturen muß bei allen Parteimitgliedern restlose Klarheit geschaffen und die praktische Schlußfolgerung für jede Parteieinheit gezogen werden. Die Partei hilft allen Genossen, Unklarheiten

Die Lage in Württemberg-Baden

Die Entwicklung in Württemberg-Baden seit den letzten Bezirksparteitagen bestätigt die Feststellung in der Resolution des Parteivorstandes, daß die Positionen des Monopolkapitals in Westdeutschland mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus festgesetzt wurden. Zu der in der württembergisch-badischen Verfassung versprochenen Ueberführung der Großindustrie in Gemeineigentum ist nach drei Jahren noch nicht der kleinste Schritt getan worden. Das verfassungsmäßig garantierte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte — selbst in der völlig ungenügenden Form des Gesetzes vom August 1948 — ist auf Betreiben des Ministerpräsidenten als Interessenvertreter des Unternehmertums von der Militärregierung erneut suspendiert worden. Der geplante Abbau des Arbeitsministeriums signalisiert die Beseitigung der letzten unter dem kommunistischen Arbeitsminister erreichten sozialpolitischen Rechte, wie z. B. die von der bürgerlichen Landtagsmehrheit schon angekündigte Beseitigung des gesetzlichen Mindesturlaubes.

Der kümmerliche Ersatz einer Bodenreform durch das von der Militärregierung vorgeschriebene Siedlungsgesetz wird von den Großgrundbesitzern und der Verwaltungsbürokratie sabotiert mit dem Erfolg, daß in drei Jahren nur ein Teil des abgabepflichtigen Bodens abgegeben und nur etwa 100 Neubauernstellen geschaffen wurden. Für den wenigen abzugebenden Boden erhalten die Großgrundbesitzer 30 Millionen DM Entschädigung. Den mittellosen Bodenbewerbern wird damit die Siedlung unmöglich gemacht und die Großgrundbesitzer erhalten die Möglichkeit, die immer zahlreicher werdenden Altbauernwirtschaften, die in finanzielle Schwierigkeiten kommen, aufzukaufen.

Die Schulreform wird in endlosen Diskussionen verschleppt, ihr Kernstück, die sechsjährige Grundschule, die vor zwei Jahren noch von allen Parteien im Prinzip anerkannt wurde, wird heute von der CDU-DVP-Mehrheit abgelehnt und offen die Einführung der Konfessionsschule betrieben. In der Verwaltung werden die fortschrittlichen Angestellten und Beamten, die nach dem Zusammenbruch einsprangen, mit Hilfe des re-

aktionären Beamtengesetzes planmäßig ausgeschaltet. Bei der Bildung des Südweststaates ist eine Verstärkung der reaktionären und partikularistischen Positionen im Regierungs- und Verwaltungsapparat und eine Verschlechterung der Verfassung und des Wahlrechts beabsichtigt.

Nachdem SPD-Landtagsfraktion und SPD-Minister im Juli 1948 aktiv mitgeholfen haben, die KPD aus der Landesregierung auszuschalten, wird heute durch den Abbau des Arbeits- und des Verkehrsministeriums auch das Gewicht der SPD in der Regierung bedeutend geschwächt. Das erfolgreiche Kesseltreiben reaktionärer Kreise gegen die württembergische Landespolizei-Direktion und die Verweigerung der Position des Landesbezirkspräsidenten in Baden, die bei den Koalitionsbesprechungen der SPD zugesagt war, zeigt die zunehmende Verdrängung der SPD aus wichtigen Verwaltungspositionen.

Die Drosselung des deutschen Exports, insbesondere nach den Oststaaten und die Behinderung des gesamtdeutschen Warenverkehrs trifft die Wirtschaft Württemberg-Badens, die in der Hauptsache Veredelungs-, Fertigwaren- und Exportindustrie ist, in besonderem Maße und bedeutet eine dauernde Bedrohung der Existenz großer Teile der Arbeiter und Angestellten, des gewerblichen Mittelstandes sowie der kleinen und mittleren Betriebe.

Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten sind hinter den sprunghaft gestiegenen Lebenshaltungskosten bedeutend zurückgeblieben. Die an sich schon unzureichende Erhöhung der Tariflöhne versuchen die Unternehmer durch den Abbau der ulariflichen Zulagen wirkungslos zu machen. Die diesjährigen Urlaubsabkommen haben besonders in der Metallindustrie und bei den Angestellten eine Verschlechterung der Anwartschaft und des Urlaubs gebracht. Die Verhandlungen darüber wurden ohne eine ausreichende Unterrichtung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder geführt. Wie im Gegensatz dazu durch die Aktivisierung der Gewerkschaftsmitglieder und Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel Erfolge errungen werden können, beweist der Mühlenarbeiterstreik in Mannheim-Heidelberg.

Das Wahlergebnis und die Verantwortung unserer Partei

Das Wahlergebnis vom 14. August zeigt auch in Württemberg-Baden, daß der Kampf der rechten SPD-Führer gegen den Kommunismus auch zur Schwächung der SPD geführt hat. Gegenüber den Landtagswahlen 1948 ist der Stimmenanteil der SPD von 31,8 Prozent auf 25,2 Prozent, der Stimmenanteil von SPD und KPD zusammen von 42,3 Prozent auf 32,6 Prozent zurückgegangen. Auch die CDU hat einen starken Rückgang ihres prozentualen Stimmenanteils erlitten. Die 20 Prozent aller Stimmen, die für die Notgemeinschaft und die sogenannten parteilosen Kandidaten abgegeben wurden, sind ein Ausdruck der Enttäuschung und der Unzufriedenheit mit der Politik der Regierungsparteien und der Besatzungsmacht. Aber es ist den in- und ausländischen Machthabern gelungen, ihre Arbeit als ein Versagen aller Parteien darzustellen und

die Unzufriedenheit in scheinradikale und sehr oft chauvinistische und antisowjetische Bahnen abzulenken. Unsere Partei vermochte nicht, diese aus den Folgen der Spaltungs- und Kolonisierungspolitik einen Ausweg suchenden Schichten für den Weg des Kampfes um ihre nationalen und sozialen Interessen, für ein einiges und demokratisches Deutschland zu gewinnen. Besonders nachteilig wirkte sich dabei die Vernachlässigung der Arbeit zur Gewinnung der Neubürger aus. Trotz der Tätigkeit des kommunistischen Staatskommissars für die Unterbringung und Unterstützung der Neubürger und trotzdem in vielen Orten die kommunistischen Gemeinderäte als einzige für ihre berechtigten Forderungen eintraten, wurden diese Tatsachen nicht durch eine systematische und beharrliche Aufklärung und Werbung unter den Neubürgern und durch

Nachrichten aus Karlsruhe

Polizeibericht Karlsruhe

In der Nacht verübten Diebe einen Einbruch in ein Modenhaus der Kaiserstraße...

Bei der Feststellung der Personalien eines 11-jährigen Schülers, der Feuerwerkskörper abgebrannt hatte...

Auf der Karlsruher Allee wurde eine Fußgängerin in Höhe der Straßenbahnhaltestelle Bahnhof Durlach...

Beim Einbiegen von der Bannwaldallee nach links in die Kriegsstraße stieß ein Lastzug mit einem entgegenkommenden Personenkraftwagen zusammen...

Karlsruher Hafenumschlag Oktober

Obwohl sich die Fahrwasserverhältnisse des Rheins im Monat Oktober weiter verschlechtert haben...

Die Zufuhr betrug insgesamt 87 751 t (im September 65 007 t). Davon entfielen auf Kohlen 41 338 t...

Die Gesamtabfuhr lag mit 14 392 t um 3 368 t höher als im Vormonat (11 024 t).

Es wird erwartet

Die Pressestelle des Landwirtschaftsministeriums gibt bekannt:

In den letzten Tagen haben im Landwirtschaftsministerium Beratungen der beteiligten Dienststellen und Verbände über die Einbeziehung der Caféhäuserbetriebe...

Es wird erwartet, daß dadurch eine Preissenkung bei den Feinbackwaren eintritt.

Studentenleben von heute

Durlach. Wie es mit der alten Burschenherrenschicht steht, zeigt folgende Fall:

Der Student M. muß noch 2 Semester studieren; es ist verheiratet und hat ein Kind von 3 Monaten. Solche Verhältnisse trifft man in der Nachkriegszeit bei Studenten öfters an.

Wir fragen: Wie lange soll dieser Zustand diesen jungen Menschen noch bleiben? Wird das Durlacher Wohnungsmangel hier einmal Abhilfe schaffen.

Entschließung des Landesparteitages

Fortsetzung von Seite 1

zu klären und Schwächen zu überwinden, aber sie muß unduldsam und unversöhnlich sein gegen alle Versuche parteifidlicher Gruppen...

Hand in Hand mit der politischen Klärung muß auch die organisatorische Festigung der Partei gehen. Es darf keine Ortsgruppe oder Betriebsgruppe geben...

Der Landesvorstand wird verpflichtet, eine engere Verbindung zu den Kreisvorständen herzustellen und sie bei der Entwicklung einer kollektiven und planmäßigen Arbeit zu unterstützen.

Zur Erinnerung an den 10. November 1938, der unter dem Namen Kristallnacht in die Geschichte eingegangen ist...

Was unter dem Namen „Kristallnacht“ in die Geschichte eingegangen ist, prägt sich immer tiefer dem zeitgenössischen Bewußtsein ein. Dennoch steht dem An-den-Tag-Bringen der Tatsachen ein seltsam störrisches Sich-Abwenden weiter Volkskreise gegenüber...

Der Appell an die Fortlebenden, der Tatsachen und deren Bedeutung inne zu werden, hat nichts zu tun mit sinn- und zwecklosem Vergeltungsbedürfnis.

Nur Vorschub für Einkellerung von Kartoffel und Brand

Öffentliche Stadtratssitzung in Karlsruhe — 500 000 DM für Wiederaufbau des Rathauses

Eingangs der öffentlichen Stadtratssitzung am 8. 11. 49 beantragte Stadtrat Dietz (KPD) die Tagesordnungspunkte, Aufbau des alten Rathauses und Vorlage zum Sozialversicherungsanpassungsgesetz...

Eine umfangreiche Diskussion entspann sich um die Vorlage, im Luisenhaus, Baumeisterstraße 56, eine Kinderkrippe unter Leitung des Roten Kreuzes einzurichten.

Stadtrat Riedinger (KPD) lobte die Initiative der Stadtverwaltung und forderte, im Interesse der werktätigen Mütter, die Errichtung weiterer Kinderkrippen in allen größeren Stadtteilen.

Herzens unter ewig bereit gehaltenen „Argumenten“ gegen das angebliche Unrecht — sein Tun oder Nicht-Tun verantworten zu müssen — ersticken läßt, nimmt eine Nachschuld auf sich...

Der 10. November 1938 ist für alle Zeiten ein historischer Meilenstein des Bösen, des Unmenschlichen, des Satanischen. Der Tag der Schändung menschlicher Würde in der Person jüdischer Menschen ist und bleibt eine geschichtlich wirkende Macht.

... und wenn das Massaker vorüber ist, löst Ihr Euch wieder in Einzelwesen auf, von denen es keiner, aber auch keiner gewesen sein will.

Muß sich dieses Wort wieder und immer wieder erfüllen? Wer von den höchsten, den ge-

ringsien Nazis, ihren parteilosen Zugewandten hat je „mea culpa, mea maxima culpa“ mit Goebbels-Lautstärke ausgesprochen — oder auch nur leise? Wer von ihnen hat Umkehr gefordert?

Jedermann möge des 10. November eingedenk werden, so, als ob er selbst betroffen wäre. Dann wird er leichter eigenes Leid ergründen und der Geist der Menschenliebe in ihm aufstehen.

Den Opfern des 10. November und der folgenden Jahre kann nur die durchschlagende Erkenntnis vom Aufeinander-Angewiesensein aller Völker, die Begründung einer wahren Völkergemeinschaft ohne Haß, Verfolgung und nationalistischen Dünkel, gerecht werden.

den, müßten sie, wobei ebenfalls eine sorgfältige Auslese der Pflegekräfte erfolgen müßte, ausschließlich unter städtischer Regie verwaltet werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloß der Stadtrat die Zahlung von Vorschüssen auf die laufende Unterstützung an Fürsorgeempfänger bis zum Betrag von 50 DM.

Zustimmung fand auch die Vorlage der Stadtverwaltung, Renten, die gegenwärtig von den Fürsorgeämtern nicht abgerechnet werden, auch bis März 1950 nicht von den Unterstützungsbeträgen einzubehalten.

Immer wieder: der kleine Mann muß zahlen

Schönau bei Heidelberg. Die Feuerschutzabgabe für die Gemeinde — die Forderungszettel wurden in den vergangenen Tagen zugestellt — hat allgemeine Entrüstung ausgelöst.

Die Abgabe beträgt in Stufe I 3 DM, in Stufe II 6 DM, in Stufe III 10 DM, in Stufe IV 15 DM, in Stufe V 20 DM, in Stufe VI 30 DM, in Stufe VII 40 DM, in Stufe VIII 50 DM.

Von der Abgabe befreit sind alle über 65 Jahre alten Bürger. Schon dadurch entstehen Ungerechtigkeiten, denn gerade in dieser Altersklasse liegt z. T. der Besitz.

Die Kommunistische Rathaus-Fraktion hat ihre Zustimmung zu dieser Feuerschutzabgabe nicht gegeben.

Bauern fordern Laed

Lobenzfeld. Schon 1946 wurde an das Landesdienstleistungsamt von der hiesigen Gemeinde ein Enteignungsplan auf 23 ha Land des Hofgutes Langenzell eingereicht.

Sechzehn Firmen hereingelegt

Weinheim. An insgesamt 16 Firmen verkaufte der Handelsvertreter H. Wölle in großen Mengen und ließ sich dafür Anzahlungen in beträchtlicher Höhe geben. Einmal waren es 1800, ein andermal 500, und sogar 3200 DM, die er auf diese Weise einkassierte.

Gut weggekommen

Heidelberg. Vor der Großen Strafkammer in Heidelberg hatte sich eine Wirtin aus dem Bergheimer Viertel, die von einem Angestellten des Ernährungsamtes in größeren Mengen Brot, Zucker- und Buttermarken erhielt, zu verantworten.

Für den Wiederaufbau des alten Rathauses am Marktplatz beantragte Oberbürgermeister Töpfer die Bewilligung von 500 000 DM für die erste Baustufe.

Durch die Abstimmung, bei der die KPD-Fraktion sich der Stimme enthielt, während drei Stadträte der DVP und CDU dagegen stimmten, wurde dem Antrag des Oberbürgermeisters stattgegeben.

VVN. Am Samstag, den 12. 11. 49, abends 20 Uhr, findet im „Bernhardshof“ für Innen-Ost, Oststadt, Rintheim, Hagsfeld die reguläre Monatsversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt.

Flüchtlinge am härtesten betroffen

Mosbach. Von den 546 Anträgen auf Arbeitslosenversicherung, die dem Arbeitsamt zugeleitet worden sind, entfallen allein 279, also mehr als 50%, auf Flüchtlinge.

Flüchtlinge am härtesten betroffen. Sandhausen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, eine Umgehungsstraße zu bauen, um den starken Verkehr auf der Hauptstraße zu mildern.

Flüchtlinge am härtesten betroffen. Hockenheim. Das Ortskartell erhält Recht. Hockenheim. Vor dem Amtsgericht Schwezingen hatte das Gewerkschaftskartell Hockenheim gegen eine Holzverarbeitungsfirma Klage auf Räumung des dem Gewerkschaftskartell gehörenden Platzes vor dem Gewerkschaftshaus erhoben.

Landwirtschaftsschule Hockenheim

Hockenheim. Aus dem Bericht der Landwirtschaftsschule geht hervor, daß im vergangenen Lehrjahr nur wenig, insgesamt 31 Knaben und 19 Mädchen, am Schulerwerb teilgenommen haben.

Die Uniform hats ihm angetan

Meckesheim. Anlässlich der Kirchweih in Meckesheim beschloß der Sohn des früheren Ortsgruppenleiters die „gute alte Parteiform“ zu tragen.

Verein für Feuerbestattung

Hockenheim. In Hockenheim soll ein Verein für Feuerbestattung gegründet werden. In einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung wurde Herr Karl Koch beauftragt, die Gründung des Ortsvereines in die Wege zu leiten.

Wir gratulieren!

Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Heidelberger Nachrichten

Menschenwürdiges Dasein unmöglich

Vergangenen Freitag fand in Heidelberg im „Schwarzen Schiff“ eine Protestversammlung der Hausfrauen gegen die Preissteigerungen, insbesondere die in der letzten Zeit beständig nach oben geschraubten Fleischpreise statt.

Zu Beginn wurde festgelegt, daß trotz der Zusage des Bundesernährungsministers Nicklas, die Lebensmittelpreise würden stabil bleiben, diese weiterhin wesentlich gestiegen wären.

Die anwesenden Hausfrauen stellten fest, daß es für den Lohn- und Gehaltsempfänger nicht mehr möglich ist, bei den jetzigen Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten angesichts des fortwährenden Steigens der Lebensmittelpreise ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Pfälzer Humor — allem voran. Die Perkeo-Gesellschaft hat dieser Tage in einer Mitgliederversammlung die Wahl des Eiferates vorgenommen und das Programm der nächsten Monate aufgestellt.

Raubüberfall. Pforzheim. Der Kohlenhändler Rudolf Bertsch wurde am 8. November 1949 zwischen 19 und 21 Uhr in seinen Büroräumen in der Kelterstraße von einem unbekanntem Täter überfallen und der Geschäftskasse beraubt.

Pforzheim. Polizeibericht vom 4.—7. November 49. Auf einer Baustelle an der Weiherstraße wurde ein Handwagen im Werte von 200 DM entwendet.

Pforzheim. Der Kreis Pforzheim hat gegenwärtig rund 2700 Arbeitslose, 1700 Männer und 1039 Frauen. Gegenüber Ende Oktober ist eine leichte Besserung eingetreten.

Inbetriebnahme eines neuen Fernsprechwahlamtes. Pforzheim. (SWK.) Am Wochenbeginn wurde hier das neue Wahlamt für 1000 Teilnehmer in Betrieb genommen.

Fremdenverkehr steigt. Pforzheim (Iwb). Nach Mitteilung des Landesverkehrsverbandes Württemberg verzeichneten die Heilbäder, Kurorte und Sommerfrischen im Erz- und Nagoldgebiet während der Monate Juli und August eine fast hundertprozentige Belegung ihrer Fremdenbetten.

Hockenheim. Das Ortskartell erhält Recht. Hockenheim. Vor dem Amtsgericht Schwezingen hatte das Gewerkschaftskartell Hockenheim gegen eine Holzverarbeitungsfirma Klage auf Räumung des dem Gewerkschaftskartell gehörenden Platzes vor dem Gewerkschaftshaus erhoben.

Landwirtschaftsschule Hockenheim. Hockenheim. Aus dem Bericht der Landwirtschaftsschule geht hervor, daß im vergangenen Lehrjahr nur wenig, insgesamt 31 Knaben und 19 Mädchen, am Schulerwerb teilgenommen haben.

Wir gratulieren!

Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren! Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren! Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren! Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren! Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren! Hockenheim. Genosse Heinrich Seiders, Hockenheim, Kollmerstraße 51, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Kleine Mädchen sehen die „Muttergottes“ Eine Epidemie durch den amerikanischen Film „Das Lied der Bernadette“

Ein Kulturbetrachter, der im Jahre 2000 zurückblenden würde ins Jahr 1949 des westlichen Abendlandes, wird das Mittelalter von der sogenannten Neuzeit nicht mehr unterscheiden können.
Wunder über Wunder! Von Zeileis über den Käsepropheten Weifenberg und die amerikanische dollartüchtige Aimée zu Grönig ist nur ein kurzer Weg. Aber wichtiger für den Seelenfang sind die „Erscheinungen“, die kleine Mädchen jetzt haben wollen, seit sie den Film „Das Lied der Bernadette“ gesehen haben. Sie alle wollen über Nacht „Heilige“ werden.

Warum nicht? Es ist ja so leicht. Man darf nur behaupten, irgendwo und irgendwie eine „Vision“ gehabt zu haben, und schon wird man im westlichen Abendland herumgeführt als Auserwählter. Narren haben ja auch ihre Visionen, aber sie verstehen es nur nicht, sie in die herrschende „Weltanschauung“ geschickt einzufügen, sonst würden sie alle zu Massenbewegern.
Zur Zeit ist viel die Rede von göttlichen Erscheinungen, die kleine Mädchen haben wollen. Sind solche Halluzinationen wirklich Wunder? Ein Wunder ist allein, daß die gebildete, aufgeklärte Welt im XX. Jahrhundert so etwas ernst nimmt und sich damit seitenslang beschäftigt.

Lesen Sie einmal die Schlagzeilen gewisser Zeitungen und Zeitschriften:
„Sie sahen die Muttergottes!“
„Die Himmelsmutter hat mit mir gesprochen!“
„Zehntausende warten am Birkenwäldchen auf die Erscheinung.“
„Die Rosenkranz-Andacht in Thurn.“
„Hitler ist tot. Aber neue Seelenfänger sind an der Arbeit. Sie suchen jene, die nicht alle werden. Sie suchen die von diesem Pressegeschrei Verängstigten, sie suchen die geistigen Opfer der Atombomben-Psychose.“

Marienerscheinungen sind heuer modern. Im fränkischen Ort Thurn sind eines Abends vier streng katholische Mädchen spazieren gegangen. Sie sammelten Blätter, aber ihr Geist war mit „übersinnlichen“ Dingen beschäftigt. Eine von ihnen hatte nämlich den Film „Das Lied der Bernadette“ gesehen. Und diese 12jährige Maria Heilmann, ein leicht erregbares Mädchen, schwärmte: „Ach! wenn ich doch auch einmal die Muttergottes sehen könnte!“

Und wirklich, als sie eine Höhe erklimmen hatten und zurückschauen, meinte die Maria Heilmann: „Schaut einmal, da über dem Birkenwald sehe ich etwas, ein Zeichen“. Die andern Kinder sahen natürlich nichts als ein Stück Himmel. Aber die Erscheinungssüchtige ließ nicht locker: „Das Zeichen JHS, seht Ihr es denn nicht?“ Und wie die kleinen Mädchen, religiös erregt, so in den Himmel blinzelten, sahen sie es auch.

Als die Mädchen von Thurn nach Hause kamen und von ihren „Gesichtern“ anfangen, sagten die Eltern: „So ein Schmarren! Ihr spinnt wohl? Geht ins Bett und schlaft euch aus, und macht eure Schulaufgaben richtig!“

Wir brauchen keine Schul- und Hausaufgaben mehr zu machen“, warf die eine ein. „Wieso?“ „Ja, das hat uns die Himmelsmutter gesagt!“ Vermutlich und hoffentlich hat die also „Erleuchtete“ dafür eine Ohrfeige bezogen.

Aber der richtige Spuk begann jetzt erst. Denn die Kinder machten auch noch andere

katholische Mädchen hysterisch, eine steckte die andere an. Und jetzt stehen allabendlich Tausende auf der Anhöhe bei Thurn und starren in die Luft, ob sie nicht vielleicht auch ein „Wunder“ erleben.

Ein Erlanger Psychiater hat das benachbarte Thurn aufgesucht und sich die Erfinderin der „Erscheinungen“, die 12jährige Maria H. vorgenommen. Er sah sofort: überpörs, leicht beeinflufbar, hysterisch. Er war imstande, sie durch bloßen Zuprosch zu hypnotisieren, indem er ihr zurief: „Du fällst um!“ Prompt stürzte sie zu Boden. Und dieses Mädchen war es, das absolut eine „Himmelserscheinung“ haben

wollte. Wollte. Sie hat die anderen Mädchen angestiftet zu einer Vision. Daß man so etwas kann, ist jedem Psychologen klar, darüber gibt es einwandfreies wissenschaftliches Material.

Die Hysterie des heutigen westlichen Abendlandes ist kaum zu überbieten. Wunderdoktoren, verzauberte Straßenkurven, Astrologen, Helseher und Schwarzscher, Pendler und Teufelsaustreiber bevölkern die Seiten von Magazinen, Zeitschriften und Zeitungen. Jedem Narren seine Domanne. So soll ein Volk knieweich und zu allen Torheiten und Verzweiflungstaten bereitgemacht werden.

Der Sündenfall der Panna Waleria

„In Kopeczync war ein reicher Verwalter, der Herr Tuskowski. Der Herr Tuskowski hat eine einzige Tochter gehabt, das Fräulein Waleria. Das Mädchen war recht schön, aber stolz, als wäre sie von Gold, und hart, als wäre ihr Herz von Stein. Sie war die eigentliche Verwalterin, und wenn ein Mädchen auf dem Hofe ein Unglück gehabt hat, ein kleines Unglück, so hat sie die Arme fortgejagt, ohne Erbarmen.“

Was tut aber Gott?
Gott schickt Husaren nach Kopeczync und läßt den Rittmeister einen schönen Mann sein. Und nach einigen Monaten wird die stolze Panna (polnisch: Fräulein) selbst blaß und kränklich und doch täglich runder. Natürlich verbirgt sie es ängstlich und ist noch viel strenger gegen andere, so grausam streng, daß es kaum zu sagen ist!

Wie ich einmal nach Kopeczync komme, erzählt mir Mörche, der Schenker, die ganze Geschichte und sagt: „Heute nachmittag gibt sie wieder eine große Unterhaltung im Gartenhaus, um die Herrschaften zu täuschen.“

Ich hör's an, spann ein, fahr nach Tluste und nehme die beiden Hebammen mit, die jüdische und die christliche: Zum Fräulein Tuskowska! Eine schwere Sache, sie braucht euch beide!“

Vor dem Gartenhaus lad ich die beiden alten Weibsbilder ab: Da hinein! Um Gottes willen — eilt euch!“

Atemlos keuchen sie hinein und fragen vor der ganzen Gesellschaft, wo denn die Panna Waleria ist, die sie so dringend braucht.

Natürlich hat sie sie hinausgeworfen, und ich selbst bin mit genauer Not den Knechten des Herrn Tuskowski entgangen. Aber am nächsten Morgen ist die Panna Waleria aus Kopeczync abgereist und nie wiedergekommen.“

Wir entnehmen diese Stelle dem Komödienroman „Der Pojaz“ von Karl Emil Franzos, der im Verlag Bruno Henschel und Sohn, Berlin neu verlegt wurde. In vollendeter Weise schildert der Verfasser das Schicksal eines Ghettobewohners im damals zur Donaumonarchie gehörenden Teil der Ukraine. Ein Roman, den jeder Bücherliebhaber sein eigen nennen mußte.

Geschichten gibt es ...!

Von Zigarettenrekorden, Waghalsigkeiten und selbständigen kleinen Mädchen

Eine junge etwas extravagante Dame stellte einen Rekord im Zigarettenrauchen auf, indem sie sich zehn Zigaretten in den Mundsteckte und gleichzeitig rauchte. Die junge Dame wohnt in New York und ist ganze 18 Jahre alt. Eine Zuckerstange wäre ihr wahrscheinlich dienlicher.

fentlich wird verheirateten Männern von ihren Gattinnen dieser „Zahn“ nicht gezogen ...

Kopfsprung

Eine waghalsige Sache will gut überlegt sein. Das sagte sich die 76jährige Leonie Willers, die in ihren alten Tagen noch einen Kopfsprung von Fünf-Meter-Sprungbrett eines Wiener Freibades wagte. So stand sie denn auf dem Sprungbrett und bot einen recht ungewöhnlichen Anblick, bevor sie plötzlich in das kühle Naß tauchte.

Eifersucht

Herr Fliesbeak aus Brüssel wollte sich einmal richtig ausschlafen. Zu diesem Zweck begab er sich in ein Krankenhaus mit dem Vorwand, er sei gallenleidend. Als die Aerzte merkten, daß er kerngesund war, erzählte er ihnen sein Leid. Seine 67jährige Frau wecke ihn jedesmal, so erklärte der 58 Jahre alte Mann, wenn er beim Schlafen einen verklärten Gesichtsausdruck habe, da sie annimmt, er träume von einer anderen Frau. Der Arme konnte sich acht Tage ausschlafen. Seine Frau scheint nicht sehr von sich eingenommen zu sein ...

Ohne Mutti

Von einer Zuckerstange hielt auch ein vierjähriges Regensburger Mädchen nicht viel. Es wirkt erwachsen, so dachte sie, wenn man sich mit einem Taxi nach Hause fahren läßt. Gedacht, getan. Sie mietete sich ein Taxi und bezahlte die Fahrt auf Heller und Pfennig als sie ankam. Für den Chauffeur hatte sie bei der Ankunft eine Ermahnung: „Du, meiner Mutti sagst davon besser nichts.“ Wahrscheinlich hält sie nicht viel von Meinungsverschiedenheiten.

Schmerzlo.

Zahnärzte sind furchterregende Menschen. Auch für Männer. In Oslo gehen 80 Prozent aller Männer zu Zahnärzten. Die schlechten Zähne werden dort sanfter und schmerzloser behandelt, sagen sie. Hof-

Das muß wahre Liebe sein

Johannsburg. Daniel Esterhuysen, ein 22 Jahre alter Funker der südafrikanischen Luftfahrtgesellschaft, liebt eine 20jährige Braut so glühend, daß er eine wilde Löwin gemolken hat, um ihre Hand zu gewinnen.

Er war mit seiner Braut nach Windhoek gefahren, um das Einverständnis des zukünftigen Schwiegervaters zu erhalten. „Beweise, daß du würdig bist, um die Hand meiner Tochter anzuhalten“, erwiderte ihm jedoch der alte Herr. „Melke eine Löwin. Es gibt genug Löwen in dieser Gegend.“

Der Liebende ging an die Arbeit und baute eine Löwenfalle. Am nächsten Morgen fand er darin eine brüllende Löwin, die er mit Seilen fesselte. Er nahm seine Milchkanne und zog der rasenden Bestie einen Vierteller Milch ab. Der Schwiegervater gab seine Einwilligung. Die Hochzeit soll im nächsten Jahr stattfinden.

Der Fußball rettete ihn

Auf der Pariser Anklagebank sitzt zwischen Vagabundengestalten, die auf staatliche Winterquartiere in Form mehrmonatiger Verurteilungen warten, ein gutgekleideter junger Mann, ein Ungar. Er ist wegen illegalen Grenzübertretts angeklagt. Ob er politisch verfolgt sei, fragt der milde gestimmte Richter. Nein. Weshalb er dann nach Frankreich gekommen sei? Wegen Fußball.

Der Richter, ein passionierter Anhänger des Rasensports wird interessiert, lobt die ungarischen Fußballer im allgemeinen, und als der junge Mann von seinem Budapester Klub erzählt, der einen internationalen Ruf besitzt, werden die nächsten Minuten der Verhandlung zu einem fast privaten Gespräch. Unruhig rutschen die Besitzer auf den Stühlen.

Ein Rechtsaußen sei er? Wie sich das trifft! Da ist doch der Manager eines bekannten Pariser Fußballklubs, der einen Rechtsaußen sucht! Hier die Adresse. Ach so, das Urteil. Ja, was machen wir da? Gefällt werden muß es natürlich. Sagen wir acht Tage Gefängnis mit Bewährungsfrist. Die Besitzer stimmen zu.

Alle lächeln, alle sind zufrieden. Mit höflicher Verbeugung geht der Ungar aus dem Saal. Zaghafte blickt ihm ein Vagabund nach, der seine sechs Monate haben will. Wie gut, daß er kein Fußballer ist ...

Besetzungsschaden

Mit einem seltsamen Manöverschaden anläßlich der Herbstmanöver der amerikanischen Besatzungstruppen mußte man sich in dem oberbayerischen Markt Flecken Geisenfeld befassen. Dort meldete ein junges Mädchen, daß ein Soldat ein Stück ihrer Zunge abgebeissen habe und verlangte die Begleichung der vorgelegten Arztrechnung durch das Besetzungsschadensamt. Ob dem Manöverhelden auch etwas fehlte, ist nicht bekannt ...

Neues aus der Welt des Films

Jean Cocteau, der augenblicklich sein Schauspiel „Orpheus“ verfilmt, hat die Absicht, anschließend Molieres „Bürger als Edelmann“ in einer eigenwilligen Bearbeitung auf die Leinwand zu bringen.

Eine neue Gefahr droht der Vormachtstellung Hollywoods auf dem Gebiet der Filmproduktion. In dem Städtchen Kanab im Staate Utah hat sich eine Produktion entwickelt, die immer größeren Umfang annimmt. Bisher wurden dort mehr als 200 Filme gedreht.

Wilhelm Hauffs Märchen „Das kalte Herz“ und Bert Brechts Bühnenstück „Mutter Courage und ihre Kinder“ will die DEFA im neuen Produktionsstück als Farbfilm gestalten. Der Märchenfilm soll Anfang März unter Paul Verhöven in Angriff genommen werden. Das Buch schrieb Wolfgang Weyrauch. Für die filmische Gestaltung der Brechtschen Chronik des 30jährigen Krieges wird R. A. Stemmler als Regisseur genannt. Eine Filmoper — vermutlich von Werner Egk — ist das nächste Projekt, das jedoch wegen der derzeitigen Aufnahmen zu „Die Hochzeit des Figaro“ noch zurückgestellt wurde.

„Der helle Weg“, ein Sowjetfilm von G. Alexandrow, wurde in Berlin für Deutschland erstaufgeführt. Er schildert das Schicksal eines Landmädchens, das in der Stadt zu einer gefeierten Ingenieurin wird: Der Film fand den Beifall der Kinobesucher.

Die deutsche Uraufführung des ersten Teils des französischen Films „Casanova“ fand in den Stuttgarter Planie-Lichtspielen statt. Der Film ist von Jean Beyer nach den Memoiren von Casanova gestaltet und hält eine interessante Mitte zwischen Zeitgemälde und Operette.

Paul Robson, Leslie Banks und Nina McKinney spielen die Hauptrollen in dem Korda-Film „Bosambo“. Dieser Film wurde unter der Regie Zoltan Kordas nach dem Roman „Sanders of the River“ von Edgar Wallace, gedreht.



Micheline Francey als Françoise Favier in dem C.C.F.C.-Film „Blick ins Dunkel“

„Die Mörder sind unter uns“, der bekannte preisgekürnte DEFA-Film durchlief bisher als einziger deutscher Film nach dem Kriege die Lichtspielhäuser Belgiens.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 12. November bis 21. November 1949

Samstag, 12. Nov. Für den Jugendausschuß Mannheim: „Die Entführung aus dem Serail“, Singspiel von A. W. Mozart. Anfang 14.30 Uhr, Ende gegen 17 Uhr.

Samstag, 12. Nov. Die Boheme“, Oper von G. Puccini. Anfang 20 Uhr, Ende gegen 22.15 Uhr.

Samstag, 12. Nov. Miete O Nr. 4 u. Theatergem. Abt. B freier Verkauf Sonntag, 13. Nov. außer Miete

Sonntag, 13. Nov., abds. außer Miete

Montag, 14. Nov. Miete M Nr. 4

Dienstag, 15. Nov. Miete E Nr. 4

Mittwoch, 16. Nov. Miete F Nr. 5

Donnerstag, 17. Nov. Miet B Nr. 5

Freitag, 18. Nov. Miete K Nr. 5 u. Theatergem. Abt. A. freier Verkauf Samstag, 19. Nov. außer Miete

Sonntag, 20. Nov. außer Miete

Sonntag, 20. Nov. außer Miete

Montag, 21. Nov. Miete G Nr. 5

Am 2. und 3. Dezember 1949 findet im Nationaltheater ein Gesamtspiel des Theaters in der Josephstadt Wien mit Paula Wessely, Attila Hörbiger und Ernst Deutsch in Ibsens „Die Frau vom Meer“ statt. Für Inhaber von Premieren- und Platzmieten beginnt der Vorverkauf bereits am Donnerstag, den 24. Nov. an der Theaterkasse K 1, 5 gegen Vorlage des Mietausweises. Allgemeiner Kartenverkauf ab Montag, den 28. November. Telefon. schriftliche Bestellungen können erst ab 28. November berücksichtigt werden.

17 ar Bau- und Wiesengelände in schöner Höhenlage mit Bachdurchfluß in Vorort Heidelberg günstig zu verkaufen. Angeb. unter Nr. M 1003 an den Verlag.

1 Kinderwagen, 1 Kindersportwagen, 2 Zimmeröfen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Ludwig Gräf, Augartenstr. 83

12. November Samstag 22:30

Der 6. Frohe Samstag-Abend in den Alster-Lichtspielen Ein Meisterabend froher Unterhaltung

Lale Andersen „Lili Marleen“ die vielbeliebte Vortragskünstlerin

Camilla Horn die berühmte Filmschauspielerin „Jazzzeiger Nr. 1“

Helmut Zacharias mit seinen Instrumentalsolisten „Unser Fritze“ (Erich Hermann) v. Radio Stuttgart

Fritz Lafontaine der Meister guter Pointen

Eintrittskarten zu 3,50,-, 2,50,-, 1,50 DM in den Verkaufsstellen und an der Tageskasse in den Alster-Lichtspielen

billig! billig! billig! Kleiderschränke

eintür. 80.- 90.- 124.- zweitür. 118.- 128.- 138.- 148.- dreitür. 178.- 215.- 235.- 265.- viertür. 295.- 345.- 465.-

Hch. Baumann & Co. Qu 5, 4 Mannheim m Qu 5, 4

EHELEUTE erhalten unsere Aufklärungsschrift: Selbsthilfe für natürliche Geburtenregelung! Die Geschichte der Heilwissenschaft! zus. für nur 50 Pfg. dazu unser Mitarbeiter-Angebot vom Schreibtisch. Jo-Po-Verk.-Zentrale, Brühl, b. Mannheim.

Schlafzimmer echt nußb. 200 cm 4 türig kompl. . . . 1095.- echt Birke 220 cm 4 türig kompl. . . . 1095.-

MEISEL MANNHEIM

Das ist billig!

- Damen-Büstenhalter . 2.90
- Damen-Hemden 2.95
- Damen-Unterziehschlüpfer . 2.95
- Damen-Schlüpfer, Wolle, II. Wahl 3.90
- Damen-Unterkleider 4.95
- Damen-Wäschegarnituren . . 5.95
- Damen-Nachthemden 8.90

Kaufhaus KÖSTER
Mannheim, am Paradeplatz

Bezieherwerber
bei festem Fixum für Tageszeitung sofort gesucht. Persönliche Vorstellung bei
NORDBADISCHE DRUCK- U. ZEITUNGS-VERTRIEBS-GESELLSCHAFT M B H MANNHEIM, S 3, 10

BEKLEIDUNGSHAUS **Kaeferle** OHG
MANNHEIM K1.5 BREITESTRASSE Das Fachgeschäft seit 1885
empfehl für die kalte Jahreszeit
Herren- und Damenwintermäntel sowie Strickwaren aller Art

Fahrradhaus Schreiber führt nur Markenräder
großes Lager an Gummi und Ersatzteilen
Neckarau, Maxstraße 43 - Tel.: 48432

Darum könnt ich Dich beneiden!
Ja, man kauft vorteilhaft bei uns. Das werden Sie immer wieder, in Ihrem Bekanntenkreis hören. — Bald schreibt die Jahreszeit einen Wechsel der Kleidung vor. Denken Sie dann an die Urteile Ihrer Bekannten und an unsere reiche Auswahl, die Sie bei uns vorfinden.

Schumacher-Rebholz
DAS HAUS DER GROSSEN AUSWAHL
MANNHEIM, N 3, 12 KUNSTSTRASSE